:antifaschistische nachrichten Nr. 25/26

g 3336 14.12.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Am 2. Dezember protestierten in Augsburg viele Menschen gegen einen Naziaufmarsch. Fantasievoll wurde zur Beteiligung aufgerufen. Foto links: Gesehen auf einer Litfasssäule in der Jakobervorstadt. Rechts: Protest von Theaterbeschäftigten. Unter dem Transparent „Hier arbeiten Künstler aus 23 verschiedenen Nationen friedlich zusammen" mussten die nur ca. 100 Nazis am 2.12.06 ihre Kundgebung vor dem Theater durchführen.

Außer Rand und Band

Sachsen/Berlin. Wieder einmal für Schlagzeilen sorgte der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche. Der vom „Demokratischen Aufbruch" über die DSU zur CDU gekommene Nitzsche hatte, wie erst jetzt herauskam, auf einer CDU-Veranstaltung im Sommer u.a. gefordert, das Deutschland endlich vom „Schuldkult" runterkommen müsse, damit es nie wieder von „Multi-Kulti-Schwuchteln in Berlin" regiert werde. Der NPD-Landtagsabgeordnete Holger Apfel hat Nitzsche mittlerweile zum Übertritt zur NPD aufgefordert. Im Jahr 2003 hatte Nitzsche am Sommerfest der „Jungen Freiheit" teilgenommen, für die er auch zur Feder griff und der er sich für ein Interview zur Verfügung stellte. Verbindungen unterhält der Verwaltungswirt, zu Beginn des Jahres Interviewpartner der „Deutschen Militärzeitschrift", auch zum „Bund der Selbständigen", an deren Veranstaltungen er teilgenommen hatte. Die „Burschenschaft Cheruscia Dresden" lud Nitzsche 2003 zu einem Vortrag ein. *hma* ■

Diese Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten erscheint als Doppelnummer, die Ausgabe am 28.12. entfällt. Die Nummer 1-2007 erscheint am 11. Januar.

Schon jetzt möchten wir darauf hinweisen, dass die Jahrestagung der AN wieder im Februar 2007 in Köln stattfindet.

Kein Prozessbeginn gegen die Naziband Weiße Wölfe

V-Leute-System hilft den Nazis aus der Klemme

Dortmund. Auch nach dreijähriger Verzögerung wurde der Prozess gegen die nazistische und antisemitische Dortmunder Band „Weiße Wölfe" am 6. Dezember wieder nicht eröffnet. Gab sich die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Dortmund, Oberstaatsanwältin Dr. Ina Holznagel, vor Prozessbeginn noch optimistisch, dass es zu einer Verurteilung kommt, so machten das Amtsgericht Dortmund und das Landesinnenministerium am Mittwoch Mittag einen Strich durch diese Rechnung.

Holznagel: Bisher sei man in Beweisnot gewesen, ob die verbrecherischen Nazilieder auch in Deutschland gespielt worden seien. Doch nun habe man einen sicheren Belastungszeugen. Allerdings erwies dieser sich als der V-Mann Preuß, Mitarbeiter des NRW-Verfassungsschutzes und Under-Cover-Nazi. Das Landesinnenministerium hatte kurzfristig diesem V-Mann eine Aussageverweigerung erteilt. Andere Zeugen und Angeklagte meldeten sich einfach krank. Das ist nun mal das Wetter, sagte Amtsrichter Weiß und vertagte den Prozess, der gar nicht begonnen hatte, auf unbestimmte Zeit.

Schon seit dreieinhalb Jahren wartet die VVN-BdA NRW auf diesen Prozess, den sie durch eine Strafanzeige in Gang bringen wollte. Doch immer wieder meldeten sich Angeklagte und Zeugen krank, um nun durch ihre Anwälte ins Spiel zu bringen, dass eine Verjährung in Frage komme. Die Videos und CDs waren 2002 in Kopenhagen aufgenommen worden. Inhalt und Aufmachung der DVDs und CDs von „Weiße Wölfe" verstoßen eindeutig gegen deutsche Strafgesetze. Als Beispiel sei das Lied „Unsere Antwort" zitiert: „Es gibt nur 'ne Lösung für diese Figuren. Ins Arbeitslager, da müssen sie spuren. ... Unsere Antwort: Zyklon B." Oder dies: „Wartet, ihr Brüder, jetzt kommt die Rache: Juda verrecke und Deutschland erwache. ... Für unser Fest ist nichts zu teuer: 10.000 Juden für ein Freudenfeuer."

Der Bundessprecher der VVN-BdA, Ulrich Sander sagte nach dem ersten missglückten Verhandlungstag, bei dem noch nicht einmal die Anklageschrift verlesen wurde, so dass zu befürchten ist, dass der ganze Prozess platzt:

„Dies ist mal wieder ein Tag des Triumphes für die Nazis im Lande. Justiz und Innenminister von NRW stellen sich in ihre 60-jährige vorherrschende Tradition des Schutzes für Nazis. Es zeigt sich, dass das V-Leute-System für nichts weiter gut ist als für den Schutz der Rechten. Wer gegen Nazis vorgehen will, muss auch das V-Leute-System angreifen – das wissen wir seit dem geplatzten NPD-Verbotsprozess, und das wurde auch jetzt wieder im Amtsgericht Dortmund deutlich."

VVN-BdA NRW
www.nrw.vvn-bda.de ■

Kooperation angestrebt

KARLSRUHE/DORMAGEN. Die charismatisch-pfingstlerisch geprägte „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) will enger mit der katholischen „Deutschen Zentrumspartei“ zusammenarbeiten. Langfristig soll es eine „christlich politische Bewegung in der Größenordnung der Linkspartei, der FDP oder der Grünen“ geben, so der PBC-Bundesvorsitzende Dr. Walter Weiblen. Diese werde „unseren Staat nachhaltig positiv verändern“. Bei der letzten Bundestagswahl erhielt die PBC 0,23% und die – nur in wenigen Städten und Regionen vertretene – „Zentrumspartei“ 0,01 % der Stimmen. Mit ins Boot holen will man auch „Lebensschützer“-Organisationen. Zu diesem Zweck hatte man Anfang November eine Reihe ihrer VertreterInnen zum PBC-Landesparteitag in Baden-Württemberg, einem der Schwerpunkte der PBC, eingeladen. So u.a. von der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALFA), vom Verein „Weißes Kreuz“ und vom „Team.F“. In Rheinland-Pfalz erhofft man sich Erfolge unter Aussiedlern aus Rußland. In Hamm/Sieg arbeitet die PBC mit der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“ zusammen und zeigte unlängst eine Ausstellung der Landsmannschaft in der örtlichen „Volksbank“-Filiale. Schulen und anderen Gruppen wurden Führungen angeboten.

In Hamburg führen die „Zentrumspartei“, die „Offensive D“ und „Die Grauen“ eine gemeinsame Veranstaltungsreihe durch. Auf dieser sollen die Landesvorsitzenden der Parteien, Klaus Nispel („Die Grauen“), Peter-Alexander von der Marwitz („Offensive D“) und Dirk Nockemann („Zentrumspartei“) sprechen. Marwitz hatte noch im Dezember vergangenen Jahres der „Republikaner“-Zeitung „Zeit für Protest“ ein Interview gegeben. Der ehemalige Innensenator Nockemann gehörte früher der „Schill-Partei“ an. *hma* ■

Prozess gegen Germar Rudolf

GREVENBROICH/MANNHEIM. In der November-Ausgabe der in Grevenbroich verlegten Zeitschrift „eigentümlich frei. Individualistisch Kapitalistisch Libertär“ kommt der derzeit in Mannheim wegen Holocaust-Leugnung vor Gericht stehenden Chemiker Germar Rudolf mit einem langen Leserbrief zu Wort. Rudolf, der einst Mitglied der „Schlesischen Jugend“, einer katholischen Studentenverbindung und der „Republikaner“ wurde, widerspricht darin Berichten aus „der rechten Presse“, er sei ein „KZ-Experte“. „Die ganze Misere obrigkeitsstaatlicher Gängelung Andersdenkender in Deutschland“ ließe sich an dem Wort „pseudowissenschaftlich“ wunderbar aufzeigen, so der bekennende Revisionist, der Herausgeber der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ war. Die „allermeisten Gegner der Revisionisten“ seien „im günstigsten Fall Pseudowissenschaftler“, so Rudolf, der in dem Mannheimer Prozess von der Rechtsanwältin Silvia Stolz (Ebersberg) vertreten wird. Zum Prozessauftakt waren etwa 70 Zuschauer erschienen, darunter auch der ehemalige NPD-Chef Günter Deckert und Horst Mahler. Mahler selbst musste am Tag darauf eine neunmonatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung antreten. Die nächsten Prozesstermine im Verfahren gegen Rudolf werden – voraussichtlich – am 21. Dezember 2006, sowie am 10., 22. und 29. Januar 2007, jeweils ab 9.00 Uhr, im Landgericht Mannheim, A 1, sein. *hma* ■

In trauter Eintracht

INGOLSTADT. Gemeinsam mit dem „Geschichtsbildstrategen“ der „Neuen Rechten“, Helmut Diwald, gründete der aus dem Sudetenland stammende Alfred Schickel im November 1981 die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI). Seit 25 Jahren führt der Verein zweimal im Jahr Tagungen durch. So auch am 11. November in Ingolstadt, wo als Gastredner Franz Seidler, ehemaliger Sozial- und Militärhistoriker an der Bundeswehruniversität in München und seit einigen Jahren Buchautor in einschlägig rechten Verlagen, auftrat. Eingeleitet hatte die Tagung zuvor Heinz Magenheimer, Dozent der Landesverteidigungsakademie in Wien, und u.a. Autor in der „Deutschen Militärzeitschrift“ und der „Jungen Freiheit“. Ein Grußwort gab es von Ingolstadts Oberbürgermeister Alfred Lehmann, der vor seinem Amtsantritt schon öfter an ZFI-Tagungen teilgenommen hatte, und der den Verantwortlichen des ZFI, so die „Deutsche Nationalzeitung“ (48-2006), „für ihr Wirken und ihre Standfestigkeit“ dankte. „Sehr persönliche Grußworte“ von „Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, einiger Bundestagsabgeordneter sowie Hochschullehrer“, so das Frey-Blatt, rundeten „die Festveranstaltung“ ab.
hma ■

Selbstanzeige von Stuttgarter Staatsanwaltschaft nicht angenommen

BADEN-WÜRTTEMBERG. DGB-Landeschef Rainer Bliesener und die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier haben am 29. November um 11 Uhr vergeblich versucht, ihre Selbstanzeige wegen Tragens von Anti-Nazisymbolen bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart zu Protokoll zu geben. Da die Staatsanwaltschaft die Annahme mit dem „fadenscheinigen und lächerlichen Argument“ ablehnte, Selbstanzeigen würden nur dienstags und donnerstags zu bestimmten Zeiten angenommen, werde die Selbstanzeige nun durch einen Anwalt übermittelt.

Auf der Internetseite der Staatsanwaltschaft werden als Bürozeiten ohne Einschränkung Montag bis Freitag 9.00 bis 11.30 Uhr angegeben. Besondere Zeiten für Selbstanzeigen findet man nirgends, lediglich die Information, dass Anzeigen auch mündlich zu Protokoll gegeben werden könnten. Bliesener wertete das Verhalten der Staatsanwaltschaft deshalb als „schikanöses Verhalten“.

Hintergrund der Selbstanzeige ist ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Dieser hatte auf der DGB-Kundgebung am 21. Oktober auf dem Stuttgarter Schlossplatz einen Anstecker mit einem rot durchgestrichenen Hakenkreuz als Protest gegen Nazis getragen. Rainer Bliesener und Leni Breymaier argumentieren jetzt, dass sie ebenfalls dieses antifaschistische Symbol getragen haben. Sie wollten gleich behandelt werden wie Michael Sommer – deshalb die Selbstanzeige.

Bliesener äußerte sein „absolutes Unverständnis“ darüber, dass die Verwendung eindeutig antifaschistischer Symbole kriminalisiert werde. *PM DGB* ■

Hakenkreuzurteil und seine Folgen

SACHSEN. Das skandalöse Urteil des Stuttgarter Landgerichts gegen den „Nixgut“-Versand“, der antifaschistische Aufnäher mit dem zerschlagenen bzw. durchgestrichenen Hakenkreuz vertrieben hat, schlägt auch in Sachsen zunehmend Wellen. Faktisch auf „Anweisung“ des Kreisvorsitzenden der NPD hat der Zittauer Oberbürgermeister eine Frau mit dem entsprechenden Emblem auf dem T-Shirt des Saales verwiesen. Im Auflagenbescheid des Ordnungsamtes des Landkreises Bautzen gegen eine antifaschistische Demonstration wurde ausdrücklich das Zeigen dieses Emblems während des Aufzuges untersagt. Und einem Artikel aus der „Sächsischen Zeitung“ zufolge hat ein Amtsrichter in Zittau eine Zuschauerin in einem Prozess des Saales verwiesen, weil sie ein entsprechendes antifaschistisches T-Shirt trug. Es ist auffällig, dass sich alle drei bisher bekannten Vorfälle in der Lausitz zugetragen haben. Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag wird sich bemühen, dieser Form der Kriminalisierung antifaschistischer Gesinnung einen Riegel vorzuschieben. Ein entsprechender An-

trag an die Staatsregierung, der allerdings lediglich den Bundesrat als Ziel hat, ist bereits gestellt. In der nächsten Plenumswoche wird es zum Thema eine mündliche Anfrage von Kerstin Köditz geben. Wer weitere Fälle dieser Art kennt, gebe sie an die Fraktion weiter: antifa-info@linkspartei-sachsen.de *vow* ■

Initiative „Antifaschismus ist nicht strafbar" nimmt Arbeit auf

THÜRINGEN. Die vom Landesvorstand der Linkspartei.PDS am 17. November 2006 gestartete Initiative wird zurzeit unter anderen von Menschen des öffentlichen Lebens, wie Steffen C. Lemme (Vors. DGB Thüringen), Wolfgang Nossen (Vors. Jüdischen Landesgemeinde), Bodo Ramelow (MdB), Knut Korschewsky (Vors. Linke.PDS Thüringen), Martina Renner (VVdN/BdA Thüringen), Bernd Löffler (BiKo e.V.), Dr. Roland Hahnemann (MdL Thüringen9, Sabine Berninger (MdL Thüringen) unterstützt.

Hintergrund der Initiative ist die Tatsache, das gegenwärtig zahlreiche Fälle bekannt geworden sind, in denen Menschen dafür zur Verantwortung gezogen werden, dass sie Aufnäher und Buttons verwenden, in denen faschistische Symbole eine Rolle spielen. Die Justiz blendet dabei die Tatsache aus, dass diese Symbole durchgestrichen und zerstört sind oder in anderer Weise dargestellt wird, dass Faschismus abgelehnt und bekämpft wird. Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der Neonazis sich im täglichen Leben immer breiter machen und in Landtage eingezogen sind, ist eine solche Kriminalisierung antifaschistischer Symbole und Aktivitäten nicht hinnehmbar, so Knut Korschewsky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS Thüringen. Menschen sollten motiviert werden, sich zivilgesellschaftlich gegen Neofaschismus und Rassismus zu engagieren und nicht in die Ecke von Verfassungsfeinden und Kriminellen gerückt werden.

Die Initiative wird in den nächsten Tagen mit Aktionen in die Öffentlichkeit gehen. Am 12.12.06 wird in Erfurt ein Informationsstand auf das Anliegen aufmerksam machen und eine Reihe von Menschen werden sich selbst bei der Polizei dafür anzeigen, dass sie in der Öffentlichkeit Symbole tragen, die unter Strafe gestellt sind.

Nähere Informationen unter www. antifaschismus-ist-nicht-strafbar.de ■

Rechtsextreme Szene besitzt bundesweit 20 Immobilien

BERLIN. Wie der Tagesspiegel vom 3.12. berichtete, besitzt nach Erkenntnissen der Bundesregierung die rechtsextreme Szene bundesweit rund 20 Immobilien, die als Veranstaltungs-, Schulungs- oder Konzerträume genutzt werden. Allein in Thüringen verfügen die Rechtsextremen über drei Immobilien, in elf weiteren Bundesländern über zwei beziehungsweise eine. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor.

Mehrere Immobilien besitze der szenebekannte Rechtsextremist Jürgen Rieger. Dazu zählten der so genannte „Heisenhof" im niedersächsischen Dörverden und das „Schützenhaus" im thüringischen Pößneck. In letzterem hatte im April 2005 der thüringische NPD-Landesparteitag stattgefunden. Der „Heisenhof" diene der dortigen rechtsextremistischen Szene als „lokal bedeutsamer Treffpunkt" und er werde auch für Schulungszwecke genutzt, berichtet die Bundesregierung. Auch das NPD-Vorstandsmitglied Thorsten Heise besitze im thüringischen Fretterode eine Immobilie, die er für Kameradschaftstreffen zur Verfügung stelle. Der NPD-Funktionär Uwe Meenen habe 2001 das Schloss Trebnitz in Sachsen-Anhalt im Treuhandauftrag für den Rechtsextremisten Steffen Hupka erworben. Kaufinteresse für ein Schulungszentrum gebe es derzeit von Seiten der NPD-Saar. Außerdem plane die Partei den Erwerb einer Mehrzweckimmobilie in Brandenburg.

Die Linksfraktions-Abgeordnete Ulla Jelpke befürchtet, dass es nach „dieser eher vagen Angabe" der Bundesregierung vermutlich noch mehr Immobilien seien, die sich in der Hand von Rechtsextremisten befänden. „Die rechtsextreme Szene verankert sich dauerhaft in der Fläche", stellt Jelpke fest. Sie versuchten, mit einem Immobiliennetz „perspektivisch den demokratischen Protesten gegen ihre Veranstaltungen auszuweichen". Besonders besorgniserregend sei die Tatsache, dass auch Konzerte an solchen Orten stattfänden und sie damit zum Anziehungspunkt für Teile der Jugend würden. In ihrer Frage hatte die Linksfraktion auch auf den seit langem bestehenden Verdacht abgehoben, Rechtsextreme könnten Kaufinteresse signalisieren, um dadurch die Gemeinden unter Druck zu setzen und den Verkaufspreis künstlich in die Höhe zu treiben. Dabei werde von Hausbesitzern eine Parteispende für die NPD für den Fall eingeworben, dass die Neonazis Kaufabsichten für das angebotene Objekt kundtun. In ihrer Antwort schließt die Bundesregierung eine solche Taktik nicht aus.

Quelle: Tagesspiegel vom 3.12.06 ■

Keine Nazis im Römer und auch sonst nirgendwo!

FRANKFURT. Die Frankfurter NPD hat sich nach mehreren Monaten völligen Stillschweigens im Römer nun erstmals zu Wort gemeldet – mit einem Antrag zu Bildungs- und Migrationsfragen. Im zuständigen Ausschuss griff sie vor einigen Tagen dankbar einen CDU-Antrag aus Dietzenbach auf. Dort war auf Initiative der CDU verfügt worden: in jedem Dietzenbacher Kindergarten hat künftig ein Porträt des Bundespräsidenten sowie die Bundesflagge zu hängen, und die einzig genehmigte Sprache ist Deutsch.

Diesen Dietzenbacher CDU-Antrag fand die Frankfurter NPD so wunderbar, dass sie ihn fast unverändert übernahm.

Pointe am Rande: die NPD Frankfurt strich aus dem Dietzenbacher CDU-Antrag die Forderung nach Deutsch als exklusiver Umgangssprache in Frankfurter Kindergärten. Der mit der Frankfurter NPD eng zusammen arbeitende Stadtverordnete Wolfgang Hübner (BFF) nahm diese „Liberalisierung" des ursprünglichen Antrags aus Dietzenbach zum Anlass, der Frankfurter NPD nicht zuzustimmen. Sie ist ihm wahrscheinlich zu lasch.

Das zeigt: Die Frankfurter NPD beginnt, sich zu rühren. Zu ihrem Umfeld gehören neben den KameradschaftsaktivistInnen um den Butzbacher Marcel Wöll („Freie Nationalisten Rhein-Main", „Gruppe Nationaler Sozialisten", Landesvorsitzender der NPD) auch Figuren wie der seinerzeitige Horst Mahler-Intimus und gerne gut-bürgerlich auftretende Wolfgang Hübner sowie der Stadtverordnete Lange (REPs). Taktische Differenzen wie das geschilderte Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Bildung und Migration können dieses faktische Bündnis nicht verschleiern.

Zu den kommenden Frankfurter Wahlen zum BürgermeisterInnen-Amt hat die Frankfurter NPD ihre Altfunktionärin Doris Zutt aus Ehringshausen (Lahn-Dillkreis) nominiert. Diese hat angekündigt, in ihrem Wahlkampf mit rassistischen und sozialdemagogischen Parolen punkten zu wollen.

weiter Seite 4

Weiterer Aufmarsch der Nazis in Gräfenberg

Der Stadt Gräfenberg steht am Samstag, 16.12. erneut (zum neunten Mal in sieben Jahren!) ein Auftritt „Junger Nationaler" bevor, die sich mit einer Kundgebung mit Aufmarsch angekündigt haben. Damit soll die Androhung der Rechten, in Gräfenberg monatlich zu erscheinen, bis der Bauzaun zum Kriegerdenkmal fällt, verwirklicht werden. Mit einer Gegenkundgebung, die die Stadt Gräfenberg zusammen mit dem neu formierten Bürgerforum Gräfenberg organisiert, werden viele Akteure ihren Protest gegen den erneuten Auftritt der Braunen ausdrücken. Treffpunkt:

Ab 12.00 Uhr auf dem Gräfenberger Marktplatz

Ein schönes Beispiel für die Art und Weise, wie die NPD in diesen ihren Schwerpunktfeldern vorzugehen gedenkt, zeigt ihr Verhalten zu den berechtigten Protesten der Studierenden gegen die beabsichtigten Studiengebühren: einerseits klaut die NPD in schon von den Nazifaschisten gewohnter Art und Weise einen linken Slogan („Bildung ist keine Ware“) und äußert sich verbal gegen Studiengebühren, andererseits fordert sie die Polizei gleichzeitig zu härterem Durchgreifen gegen die vielfältigen und erfolgreichen Aktionen der Studierenden auf.

Es ist zu erwarten, dass die Kandidatur der NPD für sie ein Versuchsballon sein soll, was sie sich in unserer Stadt alles noch erlauben kann.

Das heißt für uns: wir müssen ihr offensiv entgegentreten! Wir wollen keine Nazis und Rassisten auf unseren Straßen und Plätzen, in Sachsenhausen oder anderen Stadtteilen, in den Kneipen und Versammlungsräumen unserer Stadt, weder in den Schulen noch der Fachhochschule oder der Universität – und auch nicht im Römer.

Das wollen wir zu Beginn der letzten Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung vor den OB-Wahlen öffentlich deutlich machen. Zu diesem Zweck versammeln wir uns am Donnerstag, 14.12. um 15 Uhr vor dem Dominikanerkloster, Börneplatz (Nähe Römer) zu einer Protestkundgebung gegen Nazis, Rassisten und Sozialdemagogen in der Stadtverordnetenversammlung, und bitten alle AntifaschistInnen, MigrantInnen, Studierenden, SchülerInnen, die uns unterstützen können: Zeigt mit uns gemeinsam der NPD und ihren Verbündeten im Römer, was wir von ihnen halten!

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt am Main ■

Wieder NPD-Konzert im Kreis Unna

Unna. Wie schon im letzten Jahr veranstaltete der NPD Kreisverband Unna/Hamm ein sogenanntes Julfest, Szene-Jargon für Weihnachtsfeier. Dies teilte die Antifa UNited, ein Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen im Kreis Unna, mit. Bei der Veranstaltung trat erneut der extrem rechte Liedermacher Frank Rennicke auf. Er gilt als der beliebteste Liedermacher der extremen Rechten.

Nach NPD-Angaben sollen 200 Besucher dem Konzert im Hinterraum einer Gaststätte im Kreis Unna beigewohnt haben. Unter ihnen befand sich auch Szene-Prominenz: In einem im Internet veröffentlichten Bericht schreibt der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer, neben ihm hätten auch Axel Thieme – DVU-Ratsherr aus Dortmund – und der ehemalige Funktionär der verboteten Neonazi-Partei FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) und Führer der „Kameradschaft Dortmund“ Siegfried Borchardt an der Veranstaltung teilgenommen. „Dies unterstreicht die Bedeutung der Veranstaltung und verweist noch einmal auf die Zusammenarbeit der NPD mit den oftmals außerordentlich gewalttätigen Freien Kameradschaften“, so ein Sprecher der Antifa. Schon 2005 habe man eine Zusammenarbeit während des Wahlkampfes feststellen können.

Die Antifa fordert alle Wirte nachdrücklich auf, keine Veranstaltungen der NPD in ihren Räumlichkeiten zu dulden: Um den Widerstand gegen die Gefahr von rechts weiter zu vernetzen, plant die Antifa UNited im Januar nächsten Jahres eine Infoveranstaltung.

PM Antifa UNited – Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen im Kreis Unna http://united.antifa.net antifa-united@web.de ■

Als mir Rechtsextreme erklärten, warum man nicht Nigger sagt ...

Weimar. Die Arbeitsgemeinschaft Weimar der Deutsch-Israelischen Gesellschaft lud am 4. Dezember ins Goethe-Institut Weimar ein. Professor Joachim Linck (Erfurt), Franz Olschowsky (Operndirektor a.D.), Justus H. Ulbricht (Jena) und Daniel Gaede (Weimar) gingen unter der Moderation von TLZ-Chefredakteur Hans Hoffmeister der durchaus interessanten Frage nach, ob es vertretbar ist, wenn rechtsextreme Parteien staatliche Gelder zur Finanzierung ihrer Politik bekommen. Leider blieb das Ergebnis trotz der verschiedenen Forschungsergebnisse aus der Juristerei, der Rechtsextremismusforschung als auch aus der pädagogischen Arbeit in Buchenwald offen. Das lag allerdings eher an dem Besuch der Podiumsdiskussion aus genau dem rechtsextremen Parteienspektrum, um welches es eigentlich in der Diskussion gehen sollte.

In der ersten Reihe saßen nämlich stadt- und landesbekannte Vertreter dieser Partei und äußerten sich zu den verschiedensten Themen. Dabei kam heraus, dass auch Rechtsextreme der Meinung waren, dass „man nicht Nigger sagt“, ein Minderheitenschutz gilt und die Demokratie erst von der einschlägig rechtsextremen Partei wirklich durchgesetzt wird!!!

Nun kann man diesen Ausführungen Rechtsextremer glauben oder nicht, bekannt ist jedenfalls, dass ihnen derzeit jedes Mittel recht ist, um in die Mitte der Gesellschaft zu stoßen. Und da saßen sie nun und spulten ihre moderate Version ihres Parteiprogramms runter, ohne dass die Moderation einschritt.

Derweil diskutierte der Rest des Publikums das „Für und Wider“ der rechtsextremen Anwesenden zu Lasten einer Erkenntnis über das eigentliche Thema des abends: „Parteienverbot: Ja oder Nein“.

Die Rechtsextremen hatten sich bereits im Vorfeld auf einer Website angekündigt. Peer Wiechmann von der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus hatte dem Goethe-Institut daher angeraten, die Rechtsextremen – wie bundesweit mittlerweile üblich – auszuschließen, da sie lediglich eine Plattform für ihre Propaganda suchen würden. Das passierte dann auch und nur durch Glück konnte in der vorgegaukelten „toleranten Haltung“ der Rechtsextremen eine Lücke gefunden werden, als einer dann doch zustimmte, dass Deserteure zu Recht erschossen wurden.

Was die TLZ in ihrer Ausgabe vom 5.12. als Neuland abfeiert – Rechtsextreme an Diskussionen teilhaben zu lassen – ist in Wirklichkeit eine ganz alte Diskussion, die bundesweit von Fachleuten abgelehnt wird. Rechtsextreme propagieren ihr diskriminierendes Weltbild und sind nicht zu einem offenen Gespräch bereit – und das wurde auch hier wieder deutlich. Letztlich geht es in solchen Veranstaltungen auch einfach um einen Opferschutz gegenüber einer gewaltbereiten rechtsextremen Szene und natürlich dem Schutz derjenigen, die sich aktiv gegen Rechts stark machen, und so sagten BürgerInnen aus dem Bündnis gegen Rechtsextremismus in Weimar auch, „... dass sie keine Lust hätten mit Leuten in einem Raum zu diskutieren, die zumindest aus ihrem Umfeld heraus auf rechten Internetseiten Steckbriefe mit Bild und Lebenslauf von ihnen dulden.“

Das Goethe-Institut wollte die Finanzierung Rechtsextremer in Frage stellen und bot letztlich den Funktionären eine Plattform. Professor Linck aus Erfurt lud dann noch genau diese Vertreter ein, bei seiner nächsten Vorlesung an der Uni teilzunehmen.

Mit großem Unverständnis nimmt die Netzwerkstelle Weimar diese Veranstaltung wahr, die eben gegen jegliche fachkundige Erfahrung, den Rechtsextremen noch eine Plattform für ihre Propaganda geboten hat: „Rechtsextreme nach einer Wahl demokratisch zu Wort kommen lassen zu müssen, ist einfach etwas anderes, als sie in einer Podiumsdiskussion, wo sie der Kern des Problems sind, ihre Parolen abspulen zu lassen, dann befinden sie sich genau da, wo sie hin wollen: in der Mitte unserer Gesellschaft und das ist ein Zeichen, was den Aktiven gegen Rechtsextremismus berechtigterweise sehr schwer zu erklären sein wird“, so Peer Wiechmann von der Netzwerkstelle in Weimar.

Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus weimar-gegen-rechts@web.de www.weimar-zeigt-sich.de ■

Ausstellung über Opfer rechter Gewalt gestört

JENA. Nachdem die Jungen Nationalen, die Nachwuchstruppe der NPD, mit ihrer Absicht, im Lobedaer Lisa einen Thüringer Landesverband zu gründen, gescheitert sind, wollten sie sich am 30.11. offenbar ersatzweise öffentlich bemerkbar machen. Eine Gruppe von Jugendlichen aus dem rechten Spektrum „besuchte“ an diesem Tag die Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ auf dem Campus Ernst-Abbe-Platz. Die Polizei stellte im Nachgang am Holzmarkt die Personalien der Jugendlichen fest. Ihnen war von den Organisatoren der Ausstellung, dem Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechter Gewalt, Mobit, dem Studentenrat der FSU und KoKont klar gemacht worden, dass sie in der Ausstellung unerwünscht sind. Zuvor hatten sie die Ausstellung umrundet und dabei Zettel verteilt, auf denen von „linker Hetze“ und „systemgesteuerten Hetzmedien“ die Rede war. Unbekannte hatten vermutlich schon im Laufe des Tages das Gästebuch der Ausstellung für eine Meinungsäußerung der „rechten Art“ benutzt. Vor dem Hörsaalgebäude entrollten sie ein Banner, auf dem das Zeichen der Jungen Nationalen erkennbar war. Auf dem Weg in die Innenstadt wurden sie von Polizeikräften gestellt. Im Zusammenhang mit der Aktion wurde bekannt, dass es Drohungen der Rechten im Internet gegen die Lesung von Serdar Somuncu „Getrennte Rechnungen – Hitlers Kebap“ am Mittwoch, 6.12., 20 Uhr, in der Mensa am Philosophenweg gibt, die als Begleitveranstaltung zur Ausstellung stattfindet. Es wurde deshalb Polizeischutz beantragt. Zusätzlich wird ein privater Sicherheitsdienst im Einsatz sein.

Ostthüringer Zeitung vom 1.12. ■

Neonazis am Ulrichsberg

ÖSTERREICH. Wie aus einem Bericht der „Deutschen Stimme“ (November 2006) hervorgeht, nahm eine Gruppe deutscher Neonazis unter der Führung des Ex-SS-Mannes Karl Heinz Mathias an der diesjährigen „Ulrichsbergfeier“ (18.9.2006) teil. Verfasst hat den Bericht der 38-jährige Neonazi Henrik Ostendorf aus Bremen. Ostendorf, einer der maßgeblichen Drahtzieher im überregionalen Netzwerk zwischen NPD, NS-Skin-Milieu („Kameradschaften“) und Hooligan-Szene, über das „traditionelle[n] Treffen europäischer Patrioten“: „Es waren viele Vertreter der Erlebnisgeneration und viele ihrer Enkel zugegen. Die fast komplett umerzogene und desorientierte Nachkriegsgeneration der 45- bis 65-jährigen war nur sehr spärlich vertreten. [...] Etwas besonders Schönes und Hervorzuhebendes war das freundschaftliche Miteinander der Anwesenden. Die interessanten, ehrlichen Gespräche, die wir jungen Aktivisten mit den alten jung gebliebenen Soldaten, davon viele ehemalige Europäische Freiwillige [Code für SS-Männer], führen konnten, der Austausch von unverfälschten Informationen machten dieses Wochenende zu einem Erlebniswochenende der besonderen Art.“ Am Ende kündigt Ostendorf an, dass man auch an der nächstjährigen „Ulrichsbergfeier“ (23.9.2007) teilnehmen werde.

Abgerundet wird der Bericht in der „Deutschen Stimme“ mit dem Abdruck einer Rede, die Paul Rösch, Präsidiumsmitglied der Ulrichsberggemeinschaft, im Rahmen der diesjährigen Feierlichkeiten gehalten hat. *www.doew.at* ■

Erneut Waffenlager bei Neonazis ausgehoben

Am 28.11.2006 fand im Raum Rosenheim eine polizeiliche Durchsuchungsaktion gegen eine rechtsextremistische Gruppierung statt. Bei der Razzia konnte die Polizei 55 Kurz- und Langwaffen, darunter auch Maschinengewehre, sicher stellen. Ein Teil der Waffen wurde durch Einbrüche beschafft. Insgesamt wurden 15 Objekte u.a. in Rosenheim, Prien, Rohrdorf und Samerberg von 370 Polizisten durchsucht. Neben den Waffen wurden auch Schwarzpulver, Hakenkreuzfahnen und Nazischriften gefunden. Der Großteil der 10 Neonazis ist zwischen 24 und 26 Jahren (ein Beschuldigter ist 56 Jahre) alt. Die Polizei ermittelt gegen die Gruppierung mit dem Namen „Wehrsportgruppe Wendelstein“ wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie Verstößen gegen das Waffengesetz.

Foto links: Hiag-Kranz Rosenheim (19.11.06) . Foto rechts: Andreas Stocker, einer der Tatverdächtigen auf dem NPD-Aufmarsch am 6.11.1999 in Rosenheim.

Lokale AntifaschistInnen betonen die Gefahr, die von der rechtsextremen Szene in Raum Rosenheim ausgeht. „Immer wieder kommt es zu Übergriffen von Rechtsextremisten auf Menschen, die nicht in deren beschränktes Weltbild passen“, so Michael Kurz, ein Sprecher des Rosenheimer Arbeitskreis Antifaschismus. Er verweist darauf, dass dies nicht der erste Waffenfund bei Rosenheimer Neonazis sei. Bereits im Frühjahr 2005 hätte die Polizei bei Neonazis aus der Region zahlreiche Waffen (insgesamt sieben Gewehre, darunter drei scharfe Waffen, eine Pistole P8, dazugehörige Munition, eine Gaspistole, acht Messer und Bajonette, ein Totschläger, ein Schlagring, Hakenkreuzfahnen...) sicher gestellt. Wenn ein Polizeisprecher behauptet, die gefundenen Waffen seien nur „Statussymbole“; so sei das verharmlosend. „Die Polizei müsste doch wissen, dass es sich bei einigen der Verhafteten um vorbestrafte Gewalttäter handelt.“ Während Kurz ein Bild von einem der Tatverdächtigen auf einem NPD-Aufmarsch 1999 in Rosenheim zeigt, spricht er davon, dass rechtes Gedankengut bis weit in die bürgerliche Gesellschaft verankert sei. „Erst letzte Woche konnte die Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS bei der offiziellen Gedenkfeier der Stadt Rosenheim zum Volkstrauertag einen Kranz niederlegen“.

In dem Rosenheim Arbeitskreis Antifaschismus haben sich verschiedene Jugendorganisationen wie z.B. die Gewerkschaftsjugend, die Grüne Jugend und die Infogruppe zusammengeschlossen. Seit einiger Zeit beobachten sie die rechte Szene in der Region. Sie wissen von einer rechtsextremen Schülerzeitung Namens „heretic“, welche aus Rosenheim kommt, protestierten in der Vergangenheit gegen rechte Konzerte (Allerseelen im Blackout Rosenheim) und haben auch weiterhin vor, menschenverachtendes Gedankengut nicht zu tolerieren. Zur Zeit bereiten sie Proteste gegen eine Gedenkveranstaltung des extrem rechten „Freikorps Oberland“ vor, welche jährlich in Schliersee stattfindet. „Deren Kameradschaftsführer“, Jürgen Popp, wohnt übrigens auch in Rosenheim. *ak-antifaschismus@web.de* ■

Bei den Wahlen in Bremen 2007 tritt die Wählervereinigung „Bürger in Wut“ an

Seine kleine Odyssee durch die deutsche Parteienlandschaft setzt der Polizeibeamte Jan Timke aus Bremen in der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BiW) fort. Die will der ehemalige Chef der bremischen Statt-Partei und spätere Landesvorsitzende der Schill-Partei 2007 bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven in die Parlamente führen – mit einer Politik, die an den rechtspopulistischen Kurs des einstigen Hamburger Innensenators Ronald Barnabas Schill anknüpft.

Bei den letzten Wahlen in Bremen im Mai 2003 hätte nicht viel gefehlt, und die von Timke geführte Schill-Partei (offizieller Name: „Partei Rechtsstaatliche Offensive“, PRO) wäre in das Landesparlament gesprungen. Mit Jan Timke als Spitzenkandidaten, erreichte sie 4,2 Prozent und mauserte sich noch vor der FDP zur viertstärksten politischen Kraft. In Bremerhaven wurden sogar 4,8 Prozent der Wählerstimmen eingefangen.

Damals hatte neben dem Tierschutz das Hauptthema der Inneren Sicherheit den Wahlkampf der Schill-Truppe geprägt. Es dürfte auch bei der Wahlstrategie der „Bürger in Wut“ die entscheidende Rolle spielen. Das kann man zumindest aus den bisherigen öffentlichen Stellungnahmen und einer Analyse des Programms schließen. Darin spricht sich die Wählervereinigung BiW unter anderem für ein auf zwölf Jahre abgesenktes Strafmündigkeitsalter und die „zeitlich begrenzte Inhaftierung uneinsichtiger Erst- und Gelegenheitstäter in kargen Einzelzellen“ aus. Im Kampf gegen Drogen plädieren die BiW zum Beispiel für eine „konsequente Auflösung aller offenen Drogenszenen“, den „kalten Zwangsentzug“ bei Suchtkranken und den zwangsweisen Brechmitteleinsatz bei Dealern. In punkto „Innere Sicherheit“ wird ausdrücklich das aus den USA bekannte Modell der „Null-Toleranz“ befürwortet.

Bundespolitische Ambitionen

Die „Bürger in Wut“ ringen für eine „Renaissance demokratisch-konservativer Werte“ und gegen „eine Unterhöhlung unserer christlich-abendländischen Werteordnung“. Deshalb fordern sie ein sofortiges Verbot des öffentlichen Verleihs oder Vertriebs von Gewalt-Filmen und Streifen mit pornografischen Inhalten, eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen ab dem 18. Lebensjahr (anstelle der heutigen Wehrpflicht) sowie massive Begrenzungen beim Ausländeranteil. Der solle in allen Gemeinden und Städten auf einen Richtwert von 15 Prozent abgesenkt werden, heißt es im Programm. Parallel zu dieser Position sind die BiW die treibende Kraft einer aktuellen Kampagne gegen den EU-Beitritt der Türkei. Dabei setzen die „wütenden Bürger“ auf einen eigenen Internet-Auftritt, Broschüren und Aufkleber.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der „Bürger in Wut“ sind ebenfalls bemerkenswert. Sie vertreten „das Konzept der Fairen Marktwirtschaft“: Unternehmer und Gegner sehen sich hier nicht als Gegner, sondern als „gleichwertige Partner, die im gemeinsamen Interesse konstruktiv zusammenwirken müssen“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Zwar distanziert sich die Wählervereinigung „Bürger in Wut“ in ihrem Programm von den Verbrechen der Nazizeit. Aber fast im gleichen Atemzug wettert sie „mit Entschiedenheit“ gegen die „Instrumentalisierung der Vergangenheit zum Zwecke der Durchsetzung politischer Konzepte und Zielsetzungen“. Ein Dorn im Auge sind ihr außerdem „Denkverbote“ und das Tabuisieren von Themen im Name der „Political Correctness“ – in rechten Kreisen oft eine Anspielung auf die juristischen Maßnahmen gegen Holocaust-Leugner.

Auch BiW-Chef Timke hatte in der jüngeren Vergangenheit Kontakte mit einem schalen Beigeschmack. Der weit rechts angesiedelten, vom Verfassungsschutz beobachteten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gewährte der Polizeibeamte ein Interview.

Und für Ende Februar 2004 war er als einer der Redner auf dem Kongress der „Deutschen Konservativen“ des Rechtsauslegers Joachim Siegerist angekündigt – Seite an Seite mit der Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl. Die hatte einst in der Kanzlei des Rechtsextremisten Jürgen Rieger gearbeitet, ist als Verteidigerin berüchtigter Rechtsextremisten bekannt geworden und versorgt die braune Szene mit begehrten Rechtshilfe-Tipps.

Auf den Wahlkampf der „Bürger in Wut“ und ihr Abschneiden bei den Wahlen 2007 darf man durchaus gespannt sein. Denn die im März 2004 gegründete Timke-Gruppierung, die übrigens die Zahl der Bundesländer auf maximal neun verringern und das Land Bremen somit abschaffen will, hegt nämlich bundespolitische Ambitionen. Folgerichtig verlegte sie im September 2005 ihren Sitz in die Bundeshauptstadt Berlin.

Von dort werden angeblich bereits 5.000 Unterstützer in ganz Deutschland betreut.

Thomas Klaus ■

Pläne für gemeinsame EP-Fraktion der rechtsextremen Parteien gefährdet?

In der vorigen Ausgabe der AN berichteten wir ausführlich über die Pläne für einen Zusammenschluss der rechtsextremen Fraktionen aus verschiedenen EU-Ländern im Europäischen Parlament (EP) in Strasbourg. Ab dem 1. Januar 2007 sollte es so weit sein, weil dann auch rumänische und bulgarische Abgeordnete dem EP angehören werden – und unter befinden sich auch die Vertreter relativ starker rechtsextremer Parteien.

Es handelt sich um die Großrumänienpartei (PRM) unter Corneliu Vadem Tudor, und um die ultranationalistische bulgarische Partei „Atakia“, deren Präsidentschaftskandidat Volen Siderov im Oktober dieses Jahres rund 22 Prozent der Stimmen einfuhr. Die Pläne zu dem Zusammenschluss gingen ursprünglich vom französischen Front National (FN) aus und wurden aktiv vom einzigen österreichischen FPÖ-Abgeordneten im Unionsparlament, Andreas Mölzer, unterstützt.

Nunmehr sieht es so aus, als ob dieses Vorhaben bereits wieder gefährdet sei, noch bevor es realisiert werden konnte. Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ meldet jüngst, der nordbelgische Vlaams Belang („Flämisches Interesse“, ehemals Vlaams Blok) und die norditalienische Lega Nord hätten Einwände gegen das angekündigte Mitmachen der bulgarischen „Atakia“ angemeldet. „Wir haben demokratiepolitische Bedenken wegen der Atakia-Partei“ zitiert die österreichische Zeitung den Vlaams Belang-Chef Frank Vanhecke. Tatsächlich ist das, was die bulgarische Partei darbietet, äußerst starker Tobak selbst für etablierte Rechtsextreme. Ihr Präsidentschaftskandidat Volen Siderov erklärte in einem öffentlichen Scherz (?) über Roma, man wolle diese „zu Seife verarbeiten“, und forderte (aber gänzlich ohne jedweden Scherzcharakter) „Arbeitslager für verurteilte Zigeuner“. Auch der Antisemitismus dieser Partei dürfte stärkeren Ausdruck finden, als er in Westeuropa in al-

→

ler Öffentlichkeit geäußert werden kann. (Hinter der Hand mag man ja manches sagen können, ohne dass es stören würde...)

Gut möglich ist aber auch, dass hinter den Kulissen Konflikte stattfinden, bei denen es um die politische Ausrichtung geht. Die beiden separatistisch-rassistischen Parteien aus Nordbelgien und Norditalien könnten sich u.U. nicht nur über die Ungeschliffenheit der Parlamentsneulinge aus Südosteuropa ärgern, sondern auch deshalb Bedenken gegenüber einem so gearteten Zusammenschluss haben, weil sie dem traditionellen Nationalstaat nicht so sehr verbunden sind. Gegen ein solches Motiv für ihr Abrücken spricht allerdings klar die Tatsache, dass insbesondere der Vlaams Belang auf eine langjährige gute Zusammenarbeit mit dem französischen FN zurückblickt. Die Lega Nord hingegen arbeitete bislang nicht erkennbar mit dem französischen FN zusammen; wohl aber in der Vergangenheit mit der österreichischen FPÖ, schon in den Tagen der Führung Jörg Haiders.

Der antifaschistische Internet-Informationsdienst Redok titelt aufgrund der vermeldeten Spannungen am 6. Dezember 06 bereits: „Keine Fraktion für ‚Rechtsdemokraten' im EU-Parlament". (Vgl. http://www.redok.de/index. php? option=com_content&task=view&id=465&Itemid=36)

Noch ist fraglich, ob die Nachricht vom Abblasen der Zusammenschlusspläne nicht zu früh kommt. Um eine gemeinsame Fraktion wie die geplante zu bilden, sind 19 Mandate im EP erforderlich. Mit allen Parteien, die bisher ihr Interesse daran bekundet hatten (aus Frankreich, Belgien, Italien, aber auch aus Polen, Rumänien und eben Bulgarien), kämen die Rechtsextremen aber auf 27 Sitze. Falls also noch eine Partei abspringen würde oder aber von der Sammlung ausgeschlossen würde – was aber natürlich für die übrigen Teilnehmer ein heikles Unterfangen wäre, könnte sich doch jeder Rassismus-Vorwurf leicht als Bumerang erweisen – so könnten im Prinzip immer noch genügend Mandate zusammen kommen.

Man soll nie zu früh zu optimistisch sein, wie auch ein anderer Punkt der Redok-Meldung belegt. (Der Infodienst bezeichnet den belgischen Vlaams Blok als „quasi verboten": Das stimmt seit einem Urteil wg. Rassismus aus dem Jahr 2004, aber längst ist die Partei schon in ihre Nachfolgeorganisation Vlaams Belang überführt worden, und die ist nun wirklich gar nicht verboten.)

BhS, Paris ■

Toter Fußballfan nach den Vorfällen beim PSG:

Die extreme Rechte baut sich einen Märtyrer auf

Jede Bewegung, die sich als eine „Gemeinschaft" versteht und auf Mythen aufbaut, benötigt ihre Märtyrer. Rechtsextreme oder faschistische Bewegungen verstehen sich traditionell als Kampfgemeinschaft; und deshalb zählt das Beschwören von „Opfern" im Kampf zu ihrem geistigen Rüstzeug, wie etwa am Beispiel des Märtyrerkults um den 1930 getöteten SA-Mann Horst Wessel deutlich wird. Nicht umsonst verleiht Jean-Marie Le Pen regelmäßig bei größeren Anlässen die so genannte „Ehrenflamme" des Front National (dessen Parteisymbol ist die Flamme in den drei Nationalfarben, eine Nachahmung des früheren Symbols des italienischen neofaschistischen MSI) an solcche Mitglieder, die „im Dienst an der Sache verletzt" worden sind.

Die Vorgeschichte

Am Abend des 23. November 2006 wurde der 25-jährige Fußballfan Julien Quemener durch einen Schuss aus der Dienstwaffe des 32-jährigen Polizisten Antoine Granomort (in der Herzgegend) tödlich verletzt. Der Schuss war nicht gezielt auf ihn abgefeuert worden, sondern der Polizist hatte einen einzigen Schuss abgegeben, während er durch eine aufgebrachte Menge – um nicht zu sagen, einen Lynchmob – bedrängt worden war. (Vgl. ausführlich AN 24/2006 vom 30. 11. 2006)

„Die Weißen sind unterdrückt"

Die rechtsextreme Wochenzeitung *Minute* (Auflage: circa 30.000) stellt in ihrer Ausgabe vom 29. November eine Karikatur zum Thema auf ihre Seite Eins. Dort sieht man einen dunkelschwarz gezeichneten Mann (in Wirklichkeit ist Granomort ein Antillenfranzose, und diese sind wie die gesamte Bevölkerung der Inselgruppe „durchmischt" und nicht wirklich tiefschwarz), der eine rauchende Pistole in der Hand hält. Der als Zwerg, der auf einer Kiste steht, gezeichnete Nicolas Sarkozy (dessen geringe Körpergröße von rechtsextremen Karikaturisten immer wieder ins Visier genommen wird) flüstert ihm ins Ohr: „Und Du bekommst das Verdienstkreuz, wenn Du morgen noch Frêche umlegst!" Diese Worte beziehen sich auf den rechtssozialdemokratischen Regionalfürsten Georges Frêche, Regionalpräsident in Montpellier und eine äußerst umstrittene Figur. Frêche, zu dessen Wählerbasis eine nicht unwesentliche Anzahl von revanchistischen ehemaligen Algeriensiedlern („Pieds noirs") gehört, die besonders stark in dieser Region angesiedelt worden sind und die eine Art reaktionären „Vertriebenenmilieus" bilden, fiel schon öfter durch rassistische Sprüche auf. Jüngst mokierte er sich darüber, dass „zu viele Schwarze in der französischen Fußballmannschaft" seien, ein Vorwurf, den Jean-Marie Le Pen in (bis in die Wortwahl hinein) identischer Form zuletzt im Frühsommer geäußert hatte. Die französische Sozialdemokratie hat ihrem Parteimitglied Frêche mit Sanktionen gedroht, hat es aber bis heute nicht geschafft, seinen Hinauswurf auf die Tagesordnung zu setzen. Der Regionalbaron sitzt schließlich auf einem Haufen Wählerstimmen.

Die Überschrift auf derselben Titelseite lautet: „Je nachdem, ob ihr ‚Vorstadtjugendliche' oder ‚Hooligans' seid... Das Frankreich danach, von Sarkozy!" („Frankreich danach", also nach der proklamierten Wende, ist einer der zentralen Wahlkampfslogans des konservativen Präsidentschaftskandidaten Sarkozy.) Das Ganze sollte genau dies bedeuten: Im Frankreich nach den Vorstellungen des möglichen künftigen Präsidenten und jetzigen Innenministers Nicolas Sarkozy wird man anders behandelt, je nachdem, ob man ‚Vorstadtjugendlicher' in Anführungsstrichen (und dieser Begriff mitsamt den Anführungszeichen signalisiert mit einem in der Öffentlichkeit wohl verstandenen Unterton: aus einer Einwandererfamilie) oder ‚Hooligan' ist. Im ersten Falle, so die glasklare Aussage, wird man zuvorkommend behandelt, auch wenn man gewalttätig ist/wird. Aber wehe, wenn man zur zweiten Kategorie gehört, und nicht „farbig" ist...

Dieselbe Idee wird auf einer Doppelseite in der Heftmitte von *Minute* breit ausgewalzt. Die Story fängt mit einer fiktiven Schilderung an, wobei ein Bericht aus den vergangenen Monaten über polizeiliche Todesschüsse in Trabantenstädten oder „sozialen Brennpunkten" in einem Unterschichts- oder Einwandererviertel und nachfolgende Unruhen herangezogen wurde. Zur Grundlage der fiktiven Story wurde ein (realer oder stilisierter) Artikel aus der bürgerlichen Presse zu diesem Thema genommen, der infolge von Polizeigewalt aufflammende Unruhen als eine Angelegenheit von „ethnischen Minderheit" behandelt, was die Realität in den Trabantenstädten natürlich äußerst vergröbernd darstellt und teilweise verfälscht. *Minute* behält diesen Tonfall bei. Nur wird in dem fiktiven Artikel der Hinweis auf die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit durch einen Hinweis auf die Zugehörigkeit zur „weißen" Bevölkerung sowie auf die Gruppe der Fußballfans ausgetauscht. Im Nachfolgenden wird ein fiktiver Aufruhr der ethnischen Minderheit der Weißen geschildert, um dann die Fiktion platzen zu lassen. Unter dem Strich stehen bleibt die Aussage: Die Weißen sind in diesem Land selbst zu einer unterdrückten Gruppe geworden, aber im Gegensatz zu den Anderen randalieren sie nicht. Im Anschluss wird dann die Idee ausgewalzt, die

sich in folgendem Satz konzentriert findet: „Auf der Waage der Emotionen wiegt das Leben eines Julien Quemener weniger schwer als das eines Zyed Benna oder Bouna Traoré. Keine offizielle Träne wurde vergossen, und es wird auch niemals eine vergossen werden, über dem bereits erkalteten Körper des PSG-Fans.“ Wir erinneren uns: Die beiden 15- und 17-jährigen Einwandererkinder Bouna und Zyad wurden am 27. Oktober 2005 in der Pariser Trabantenstadt Clichy-sous-Bois durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei (die BAC, Brigade Anti-Criminalité) zu Tode gehetzt. Die beiden hatten keinerlei Straftat begangen, sondern waren zusammen mit ihren Freunden auf dem Nachhauseweg von einem Fußballspiel. Ihr Tod löste in den folgenden drei Wochen die Unruhen in den französischen Banlieues aus, weil man sich vielerorts in ihrer Situation (Polizeiwillkür, dadurch ausgelöst Todesfälle, flagrante rassistische Diskriminierung) wiedererkannte. Im Gegensatz zu den PSG-Hooligans am Abend des 23. November dieses Jahres hatten sie auch nicht an einem Lynchmob teilgenommen, der zwei Personen auf den Leib rückte und ihnen unmittelbar gefährlich zu werden drohte.

Verschwörung gegen den Front National?

Die parteieigene Wochenzeitung des FN, *National Hebdo* (der Titel bedeutet „Nationale Wochenzeitung“ in Kurzform), widmet sich in ihrer Ausgabe vom 30. November vor allem dem vorgeblichen „Komplott gegen den Front National“. Hintergrund ist, dass Augenzeugen der Szene, die sich eine Woche zuvor zwischen dem Stadion Parc-des-Princes und der Endstation der Métro abspielte, wiederholt berichtet hatten, neben rassistischen Sprüchen sei auch wiederholt die Parole „Le Pen, Président! Le Pen, Président!“ gerufen worden. Der Pariser Staatsanwalt Jen-Claude Marin, der zu der Affäre rund um den Todesschuss und die vorausgehenden Ereignisse ermittelt, hatte dies in einer öffentlichen Erklärung erwähnt. Der Chef des FN, Jean-Marie Le Pen, hat deshalb am 28. November Strafanzeige gegen den Staatsanwalt erstattet, und hielt eigens dafür eine Pressekonferenz ab. Aus seiner Presseerklärung, die in National Hebdo abgedruckt wird, geht zwar nicht die strafrechtliche Qualifizierung hervor, die der studierte Jurist Jean-Marie Le Pen dieser angeblichen Verleumdung geben möchte. Aber hervorgehoben zu werden verdient eines der Argumente, das Le Pen in eigener Sache anführt : Hätten die Hooligans oder der Lynchmob „François Hollande wird von seiner Frau betrogen“ gerufen (Hollande ist der sozialdemokratische Parteivorsitzende und der, inzwischen wohl nur noch offizielle, Lebensgefährte von Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal) – dann hätte der Staatsanwalt dies nicht in der Öffentlichkeit hervorgehoben. Kommentar überflüssig...

Darüber hinaus widmet *National Hebdo* dem angeblichen Komplott gegen den FN einen ganzseitigen Artikel, der die volle Seite 2 (Ausgabe vom 30. November) einnimmt. Die Überschrift lautet: „Ein neues Carpentras hinter dem Tod des PSG-Fans?“ Auch Le Pen hatte in seiner Presseerklärung auf das angebliche Komplott von Carpentras angespielt.

Carpentras ist ein Städtchen in Südfrankreich, dessen jüdischer Friedhof im Mai 1990 geschändet worden war. Der FN und Jean-Marie Le Pen wurden damals in breiten Kreisen beschuldigt, zur Schaffung eines politischen Klimas beigetragen zu haben, das diese Tat ermöglicht hatte. Aber die Täter konnten zunächst Jahre lang nicht gefasst werden. Der FN begann deshalb 1995 eine breit angelegte Gegenkampagne, bei der die rechtsextreme Partei behauptete, es handele sich um eine „Manipulation von Staats wegen“. Am 11. November 2005 charterte der FN deshalb einen Sonderzug von Paris aus, um mit Le Pen in Carpentras zu demonstrieren, um seine Rehabilitierung in dieser Affäre und „eine Entschuldigung von Staats wegen“ einzufordern. Was der FN heute nicht dazu sagt, ist, dass die realen Täter aber inzwischen längst gefasst und verurteilt worden sind: Im Juli 1996 hatte einer der vier Täter (ein ehemaliger Neonazi, der inzwischen zum Buddhismus konvertiert war) aus freien Stücken ausgepackt. Bei den vieren handelte es sich tatsächlich um Rechtsradikale: sie hatten keine Mitgliedskarte beim FN, aber derjenige, der als Erster ein Geständnis ablegte, hatte ihr Handeln explizit dem Einfluss der „Ideen von Jean-Marie Le Pen“ zugeschrieben.

Ansonsten nimmt National Hebdo den getöteten Julien Q. gegen den Vorwurf in Schutz, ein Hooligan oder Gewalttäter gewesen zu sein. Alleiniger Gegenbeweis: Ein Interview mit dessen eigener Mutter in der bürgerlichen Presse, bei dem die gute Frau nichts Schlechtes an ihrem braven und tüchtigen Sohn erkennen möchte. Ein bisschen dünn... Und der suggestive Schlusssatz lautet, ganz im Sinne der These, wonach die Weißen die wahren Unterdrückten im Lande seien: „Was hätte man nicht alles gehört, wenn das Gegenteil passiert wäre: Wenn der mordende Polizist weiß und das erschossene Opfer eine farbige Person gewesen wäre?“

In der darauffolgenden Ausgabe (7. Dezember) kommt NH nochmals über eine halbe Seite hinweg auf die Affäre zu sprechen unter der Überschrift: „Die Ermittlungsergebnisse stellen die These von der Notwehr (des Polizisten) in Frage“. Die Staatsanwaltschaft war allerdings zuvor zur gegenteiligen Auffassung gekommen.

Rechtsextreme im Internet

Auf der Homepage des Radiosenders Radio Courteoisie (das allen Strömungen der konservativen Rechten und extremen Rechten offen steht, die dort miteinander kohabitieren möchten; vgl. ww.francecourtoise.info/06/index.php) wurde in den ersten Dezembertagen ein Blog zum Thema eingestellt. Er stand gleich unzweideutig unter der Überschrift: „PSG: Jagd auf Weiße“ (PSG: Chasse aux blancs). Inzwischen wurde dieser Titel durch einen Link auf eine Webpage „Gerechtigkeit für Julien“ ausgetauscht:http://justicepourjulien.fr/main/

Die nationalrevolutionäre Homepagne „Vox NR“ (Stimme der revolutionären Nationalisten) durfte da natürlich nicht zurückstehen. Aus der Feder bzw. Tastatur von Christian Bouchet, einer der Hauptfiguren dieser Strömung, kann man dort unter anderem lesen: „In meiner letzten Chronik, die unmittelbar nach dem Mord an Julien Quemener verfasst wurde, hob ich hervor, dass in den Augen des Systems die Bürger nicht gleich sind. Es gibt die ‚Auserwählten‘ und das gemeine Volk; d.h. Sie und ich, die Schlecht-Denkenden und Schlecht-Geborenen. Seitdem haben eine Anzahl von Elementen den Beweis dafür erbracht, dass diese Affäre noch ekliger ist und noch mehr durch die Medien, die Lobbys und die Tugendbünde instrumentalisiert wird. (...)“ (http://www.voxnr.com/cc/a_la_une/EEyVuFpVVECOqoUkya.shtml)

Die militante Neonazi-Gruppierung GRIF (der Name wird gesprochen wie „griffe“, die Klaue, aber bedeutet auch die Abkürzung für „Französische identitäre Widerstandsgruppe“), berichtete über die Angelegenheit ebenfalls unter der Überschrift: „Gerechtigkeit für Julien!“ (http://grif.over-blog.com/article-4768361-6.html) und verspricht Rache für den toten Fan. Die Gruppe bezeichnet sich als parteiunabhängig, erklärt aber, dass sie zur Wahl des FN aufrufe (http://grif.over-blog.com/article-4754015.html); sie kann wohl ungefähr mit den Freien Kameradschaften in Deutschland verglichen werden. Auf ihrer Homepage findet sich u.a. auch ein Artikel zum Thema: „Wie Adolf Hitler Europa vor einem sowjetischen Weltreich gerettet hat.“

Bernhard Schmid ■

„KZ - Bildbericht aus fünf Konzentrationslagern“ wiederentdeckt: Aufklärungsschrift der US-Army über KZ aus dem Jahre 1945. Diese erschütternde Schrift (32 Seiten), herausgegeben vom Amerikanischen Kriegsinformationsamt im Auftrag des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte, wurde im April 1945 veröffentlicht, um die Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern (Buchenwald, Belsen, Gardelegen, Nordhausen und Ohrdruf – weitere waren noch nicht befreit) der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die VVN-BdA NRW hat sie wiederentdeckt und rekonstruiert. Siehe http://www.nrw.vvn-bda.de/bilder/kz.pdf. und http://www.nrw.vvn-bda.de/archiv.htm

NS-Dokumentationszentrum in München:

Die Mühen der Ebene

Mehr als 60 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sind sich das Land Bayern und die Landeshauptstadt nach langen Diskussionen einig: Auch München soll ein NS-Dokumentationszentrum erhalten. Wie weit sind die Vorbereitungen gediehen? In der Technischen Universität München fand Ende November dazu eine Podiumsdiskussion statt

Den Veranstaltern ist es gelungen, auf dem Podium Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen an einen Tisch zu bringen, die maßgeblich am Zustandekommen des Münchner NS-Dokumentationszentrums beteiligt sind. Ein weiterer wichtiger Akteur ist die interessierte Münchner Öffentlichkeit. Das Auditorium der TU war gut besetzt.

Thies Marsen vom Bayerischen Rundfunk moderierte die Gesprächsrunde. Aus den Statements der Podiumsteilnehmer lässt sich folgendes Bild gewinnen.

Es ist entschieden, das NS-Dokumentationszentrums auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ an der Brienner Straße zu errichten. Das Land Bayern stellt als „Besitzer“ dieses Grundstück sozusagen kostenfrei zur Verfügung, denn zusätzlich hat sich das Bundesland bereit erklärt, ein Drittel der Baukosten zu übernehmen. Das nächste Drittel übernimmt die Landeshauptstadt München, die auch die Übernahme der Kosten für den späteren Unterhalt zugesichert hat. Als dritten Finanzier wollen Land und Stadt den Bund gewinnen. Dessen Entscheidung ist im ersten Halbjahr 2007 zu erwarten.

Als Gremien in der jetzigen Phase gibt es den wissenschaftlichen und den politischen Beirat sowie ein Kuratorium.

Dr. Angelika Baumann als Vertreterin des städtischen Kulturreferats ist zuversichtlich: „Das Projekt hat an Fahrt gewonnen.“ Siegfried Benker (Stadtrat in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im politischen Beirat) formuliert zurückhaltend: „Wir sind nicht am Ziel.“ Die Zusage der finanziellen Beteiligung des Bundes steht aus. Unter den jetzigen Akteuren besteht noch keine Einigkeit über die Inhalte des geplanten Zentrums. Auch darüber müsse eine öffentliche Diskussion organisiert werden.

Dr. Hans-Jochen Vogel, Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums für .das NS-Dokumentationszentrum in München, stattet ganz besonders der kritischen interessierten Münchner Öffentlichkeit seinen Dank ab, ohne deren Engagement sich nichts bewegt hätte.

Ernst Grube, Überlebender des Konzentrationslagers Theresienstadt, spricht für den Initiativkreis und ist zugleich Mitglied im politischen Beirat und warnt, das Dokumentationszentrum dürfe „keinen musealen Charakter“ haben. Enttäuscht zeigt er sich über die lange Verfahrensdauer. „Uns läuft die Zeit davon“, während bei Jugendlichen die Verbreitung rechtsradikaler Ansichten und Verherrlichung der Nazizeit wächst.

Hatte es zu Beginn der Veranstaltung den Anschein, zumindest die Raumfrage sei mit der Wahl des Grundstücks an der Brienner Straße geklärt, zeigt sich am späteren Abend, dass dem noch nicht so ist.

Warum soll sich das NS-Dokumentationszentrum auf den Grundriss des ehemaligen „Braunen Hauses“ reduzieren. Dann müssten, so Professor Dr. Winfried Nerdinger, Mitglied im politischen Beirat, zwei Ausstellungsebenen in Untergeschossen eingerichtet werden, eine „unglückliche Lösung“. Aus dem Auditorium erläutert Hartmut Bäumler, Vorsitzender des Bezirksausschusses Maxvorstadt, dass das historische Grundstück weitaus größer war als der nun zur Diskussion stehende Grundriss des „Braunen Hauses“. Man könne deutlich mehr verwirklichen, als es die Eckdaten des zur Ausschreibung anstehenden Realisierungswettbewerbs erlauben. Professor Nerdinger kritisiert die Beschränkung dieses Wettbewerbs auf 40 Architekturbüros. Wie sollen sich da kleine, aber kreative Büros angesprochen sehen? Siegfried Benker mahnt den Mut zum Bau eines „verstörenden Gebäudes“ an, dessen Architektur den Täterort brechen solle.

Undatierte historische Aufnahme des „Braunen Hauses“
www.br-online.de

Also noch viele ungeklärte Fragen zum Gebäude selbst, doch auch bei den Inhalten gibt es noch kein stimmiges Konzept. Als schlechtes Beispiel gilt die Ausstellung im Stadtmuseum, die wegen der Präsentation von Devotionalien auf harte Kritik, stieß. Was soll im Münchner NS-Dokumentationszentrum denn gezeigt werden, nachdem Nürnberg mit dem ehemaligen Reichparteitagsgelände, der Obersalzberg, Dachau und Flossenbürg als Gedenkstätten auf die spezifische Rolle dieser Orte Bezug nehmen. Immer wieder wurde und wird gefordert, das Münchner NS-Dokumentationszentrum müsse die besondere Rolle dieser Stadt für den Aufstieg und die Herrschaft des Nationalsozialismus nicht nur darstellen, sondern zur didaktischen Vermittlung an junge Generationen aufbereiten. Professor Dr. Merith Niehuss, Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats, stellt das „Nie wieder“ als programmatisches Leitmotiv in das Zentrum. Bereits anderenorts bearbeitete Themen, sollen in München keinen Platz haben. München war die Stadt der sogenannten „Kampfzeit“ der noch jungen NS-Bewegung, Ort des Hitlerputschversuchs. Während der Herrschaft der Nationalsozialisten standen in den vielen Münchner Parteiämtern in der Maxvorstadt die Schreibtische, von denen aus die Partei über das ganze Deutschen Reich ihr Netz zog. Als „Hauptstadt der Bewegung“ und „Hauptstadt der Deutschen Kunst“ hatte München eine ideologische Schlüsselrolle im NS-Staat inne. Wie kam es, dass sich die Stadtgesellschaft in das NS-System einordnete, Nachbarn von gestern zu Feinden erklärte, die der Vernichtung überantwortet wurden? Gibt es Parallelen dieser Wirkmechanismen in unsere Gegenwart? Muss nicht auch, wie Michael Backmund (Mitglied im Initiativkreis und im Verein Insight e.V.) fordert, die jahrzehntelange Auseinandersetzung um die Realisierung des NS-Dokumentationszentrums Gegenstand des Zentrums werden?

Deutlich machte die Diskussion, dass einige Akteure die Entstehung des NS-Dokumentationszentrums mehr als Verwaltungsakt, andere sie als einen politischen Prozess verstehen.

In welcher Gegenwart wird das NS-Dokumentationszentrum entstehen? Professor Dr. Niehuss sprach von einem „diffizilen Geschäft“, wissen wir doch, dass gerade auch in Bayern Antisemitismus und rechtsradikales Gedankengut in der Gesellschaft mehr als eine Randexistenz führen. Gestalt und Inhalt des Münchner NS-Dokumentationszentrums werden, das verdeutlichte dieser Abend abermals, nur dann zeitgemäßen Ansprüchen genügen können, wenn die Münchner Öffentlichkeit unermüdlich dies einfordert. In diesem Sinne ist der Abend in der TU München ein weiterer wichtiger Schritt gewesen. *anb*

Aus: Haidhauser Nachrichten, Dezember 2006 ■

„Objektiv" – Braune Hetze geht in die zweite Runde

Köln. Seit vergangener Woche verteilt die „Bürgerbewegung Pro Köln" die bereits zweite Ausgabe ihrer rechten Schülerzeitung „Objektiv".

Es ist nun einige Monate her, als man in der extrem rechten „Bürgerbewegung Pro Köln" auf die Idee kam, ausländerfeindliche Hetze nun auch schon bei den Jüngsten zu säen. Die Idee zur eigenen Schülerzeitung namens „Objektiv" [sic!] war geboren. An einigen Kölner Schulen verteilt, sorgte sie sofort für Aufregung. Dies rührte unter anderem daher, dass die Redaktion einige Sponsoren gewinnen konnte, die nichts über die Hintergründe des Pamphlets wussten und später schockiert feststellen mussten, dass sie in einer rechten Zeitung geworben hatten. Es war also klar, dass es nicht leicht werden würde, Inserenten für die groß angekündigte zweite Ausgabe der „Objektiv" zu finden.

Diese ist seit letzter Woche im Umlauf und wurde erstmals am Tag der Jugend im Rathaus gemeinsam mit anderem braunen Propagandamaterial unters Volk gebracht, wenn der Erfolg hier auch bei weitem nicht so hoch ausfiel, wie die Homepage von „Pro Köln" verkündet.

Mit Protesten von zahlenden, nichts ahnenden Inserenten haben Schöppe und Konsorten dieses Mal nicht zu rechnen. So finden sich Anzeigen der Druckerei Schöppes, rechter Internetprovider und jedoch auch Anzeigen für Druckerzeugnisse aus dem Hause Rouhs wie nation24.de, welche vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wird. Ganz offen also zeigen die feinen Herren, die sich sonst doch so gerne als bürgerlicher Wolf im Schafspelz geben, was sie mit ihrer Schülerzeitung wollen: Junge Menschen schon so früh wie möglich mit rechtsextremistischem Gedankengut auf den „rechten" Weg bringen und so den Kameraden von morgen heranzüchten.

Ärger hingegen werden sie dieses Mal mit nicht-zahlenden Inserenten bekommen. Denn um noch Platz zu füllen und sich einen seriösen Anstrich zu geben, kopierten die Macher frei aus dem Internet verfügbare Anzeigen in ihre Zeitschrift. So eine Anzeige der Polizei und des Jugendrotkreuzes!

Beide Organisationen haben sich inzwischen davon distanziert und erwägen rechtliche Schritte. Es ist armselig, solche Organisationen zu missbrauchen, um so seine menschenverachtenden Ansichten zu kaschieren.

Ähnliches erhoffte man sich wohl auch, als man mit Gerd Felser, Pressesprecher der Bahn in NRW, einen seriösen Partner für ein Interview über die Sicherheit an deutschen Bahnhöfen für sich gewann. Doch Schöppe und Co. hatten ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn die Bahn, deren Pressestelle in Düsseldorf ist, wusste nicht, mit wem sie sich da einlässt und zeigte sich in der Presse beschämt.

Ebenso skandalös sind, wie es auch nicht anders zu erwarten war, die Artikel in der Schülerzeitung. Rechte Propaganda wechselt sich ab mit Freizeittipps und DVD-Reviews. Die meisten Artikel könnte man unter „Wahlwerbung für Pro Köln" zusammenfassen. Wo immer es möglich ist, wird auf die Arbeit der sog. Bürgerbewegung positiv hingewiesen. So wird in Artikeln über den geplanten Moscheebau in Ehrenfeld oder einem Artikel mit dem Titel „In welcher Stadt leben wir in 20 Jahren" mit rassistischen Vorurteilen nicht gegeizt. Es stellt sich also die Frage, wozu man sich überhaupt die Mühe macht, alles das in eine bunte Schülerzeitung zu packen. Ginge es nur um die Inhalte, könnte man den Schülern auch ein Wahlprogramm von Pro Köln in die Hand drücken. Vielleicht auch eine Ausgabe des rechten Blattes „Junge Freiheit", denn auf dieses bezieht sich ein besonders frommer Zeitgenosse, der sich in einem Artikel über die rot-rote Schulpolitik in Berlin erbost. Dort wurde nämlich der Religionsunterricht durch für alle Schüler verpflichtenden Ethikunterricht ersetzt. Eine Maßnahme, die für so manch einen verirrten Kölner gar nicht das Schlechteste wäre….

Den (braunen) Vogel schießt jedoch der Autor eines Artikels über „Zivilcourage" ab. So kommt er zum Schluss, Zivilcourage würde heute bedeuten, dem linken Mainstream entgegenzutreten. Ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich auf der Straße prügelnden Nazi-Horden entgegenstellen.

Die rezensierte DVD ist übrigens Mission Impossible 3. Dies könnte auch zum Motto für das Auffinden von Interviewpartnern und Inserenten für die Objektiv Nr. 3 werden. Bei den meisten Hollywood-Filmen floppen Fortsetzungen. Dies sollte den Machern des rechten Propagandablattes eine Warnung sein. Daher ein Tipp: Am besten lässt man es ganz bleiben. Auf noch mehr braune Hetze kann Köln verzichten!

Benjamin Wernigk ■

Rechten Müll entsorgen!

Nachdem die rechtsextreme „Bürgerbewegung pro Köln" im August diesen Jahres 3000 Exemplare der Erstausgabe ihrer rassistischen und nationalistischen Schülerzeitung „Objektiv" an Kölner Schulen verteilt hat, ist nun die Nr. 2 da. Wieder versuchen sie, ihre menschenverachtende Propaganda an die Jugendlichen zu bringen.

Die Kampagne „Kein Bock auf pro Köln" hat deshalb zusammen mit einigen SchülerInnen einen antifaschistischen Wettbewerb gestartet. Schnappt euch Müllsäcke und sammelt so viele rechte Zeitschriften wie möglich ein und gebt diese bei uns ab, die ersten 5 werden großzügig prämiert. Malt Transparente, macht Fotos von euren Aktionen und schickt uns diese, die besten 3 gewinnen ebenfalls was Tolles. Wenn ihr mehr über unsere Aktivitäten gegen „pro Köln" wissen wollt oder euch einfach nur informieren wollt, dann nehmt über keinbockaufprokoeln@gmx.net Kontakt mit uns auf. *Kein Bock auf „pro Köln"*

www.keinbockaufprokoeln.tk ■

Dokumentiert: Deutsches Jugendrotkreuz distanziert sich von rechter Vereinnahmung

Zahlreiche rechte Organisationen versuchen, sich durch zweifelhafte Methoden einen seriösen Anstrich zu verschaffen. Hierzu werden gezielt Kampagnen gestartet, die einen sozialen Charakter vortäuschen, um rechte Ideologien weiter zu tragen.

Auch das Jugendrotkreuz ist mit seiner Kampagne „Armut: Schau nicht weg!" nicht von dieser Strategie verschont geblieben. In der 2. Ausgabe der rechtsorientierten Kölner „Schüler- und Jugendzeitung Objektiv" wurde eine Freianzeige der JRK-Kampagne abgedruckt. Dadurch wird ein Zusammenhang zwischen dem Jugendrotkreuz und der Zeitung hergestellt und gleichzeitig der Eindruck erweckt, der Jugendverband hätte dies gut geheißen oder sogar für den Abdruck der Anzeige gezahlt. Dies ist nicht der Fall! Die Verwendung der Anzeigen wurde unter den Vorbehalt gestellt, dass der Inhalt der Zeitung mit den Grundsätzen des Deutschen Roten Kreuzes übereinstimmt. Dies ist bei „Objektiv" nicht der Fall.

Das Jugendrotkreuz versteht sich als weltoffener Jugendverband, dem es darum geht, Menschen allein nach dem Maß ihrer Not zu helfen. Religion, Geschlecht oder Rasse (gemeint ist wohl Nationalität, d. Red.) spielen dabei keine Rolle. Deshalb distanzieren wir uns hiermit klar von derart hinterhältigen Vereinnahmungsstrategien und prüfen rechtliche Schritte gegen „Objektiv".

Michaela Roeder,
stv. JRK-Bundesreferentin ■

EU-Recht: Asylanerkennungsrichtlinie

BRÜSSEL. Am 10. Oktober 2006 ist die Frist für die Umsetzung der Asylanerkennungsrichtlinie der EU in nationales Recht abgelaufen. Nach Mitteilung der Europäischen Kommission haben nur sechs Mitgliedstaaten entsprechende Maßnahmen nach Brüssel gemeldet. Diese werden jetzt auf ihre Übereinstimmung mit den Vorgaben der Richtlinie geprüft. Welche Mitgliedstaaten betroffen sind, hat die Kommission nicht mitgeteilt.

Die Richtlinie wurde im April 2004 verabschiedet und zog einige Kritik von Menschenrechtsorganisationen auf sich. Sie setzt als Kernstück einer geplanten Asylrechtsharmonisierung Mindeststandards, über die die Mitgliedstaaten hinausgehen können.

Pro Asyl verweist darauf, dass in den Ländern, die die Richtlinie nicht umgesetzt haben – z.B. Deutschland –, deren Regelungen jetzt unmittelbar anzuwenden sind. So gilt Flüchtlingsschutz jetzt auch bei Verfolgung aufgrund der Religion, verstanden als Religionsausübung im öffentlichen Raum. Das deutsche Asylrecht schützt nur eine innere Religionsfreiheit. Ebenso muss Kriegsdienstverweigerung nun umfassend als Asylgrund anerkannt werden. *Quelle: „Forum Migration Dezember 2006“ 1.12.06* ■

Demnächst wird in den Irak abgeschoben

Im Windschatten der Bleiberechtsdiskussion hat die Innenministerkonferenz am 16. und 17. November 2006 einen bislang wenig beachteten Beschluss gefasst: Es wird nunmehr mit Abschiebungen ausreisepflichtiger irakischer Staatsangehöriger begonnen. Zunächst sind verurteilte Straftäter an der Reihe. Nach bisher unbestätigten Informationen soll der erste Abschiebungsflug am 9. Dezember abheben. Es ist zu erwarten, dass nach diesen „Sondierungsabschiebungen“ bei folgenden Flügen sehr schnell Nicht-Straftäter „beigemischt“ werden.

Die Innenministerkonferenz erwartet sich jedenfalls vom Bundesinnenminister, dass er sobald wie möglich die Ausweitung der Rückführungen durchsetzt. Auch im Falle der Abschiebungen nach Afghanistan dienten Straftäter als Türöffner für weitere Abschiebungen. Man darf demnach auch bei den Irak-Abschiebungen erwarten, dass eine Staffelung angestrebt wird: zunächst Straftäter, dann alleinstehende junge Männer, später Familien mit Kindern.

Ziel der Abschiebungsflüge ist der Nordirak. Nach dem Wortlaut des IMK-Beschlusses sind die Abschiebungen jedoch nicht auf Kurden aus dem Nordirak beschränkt. Ob allerdings die kurdische Regionalregierung bereit sein wird, Iraker aus anderen Landesteilen aufzunehmen, ist mehr als fraglich. Diesbezügliche Experimente von deutscher Seite sind zu erwarten.

PRO ASYL hält Abschiebungen in den Irak – auch in den Nordirak – für unverantwortlich. Zwar ist die Sicherheitssituation dort besser als in den anderen Landesteilen, jedoch sieht sich die kurdische Regionalregierung bereits jetzt mit einer großen Zahl von Binnenflüchtlingen und Rücksiedlern aus anderen Regionen konfrontiert, die kaum zu versorgen sind. Darüber hinaus ist die politische Zukunft des Nordirak ungewiss. Zerfällt der Irak in verschiedene Teilstaaten, was angesichts der Debatte über Ausstiegsoptionen unter den Alliierten keineswegs nur Spekulation ist, dann ist der nordirakische Status quo in Frage gestellt. Als quasi halbautonomes Gebiet ist der Nordirak eng an die Existenz eines föderal organisierten Gesamtirak gebunden.

Das alles und die damit verbundenen Gefahrenprognosen interessieren die Innenminister und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht. Stattdessen wurde bereits kurz nach dem Sturz des Saddam-Hussein-Regimes damit begonnen, irakischen Flüchtlingen systematisch den Status zu entziehen. Ca. 10.000 Iraker sind bereits jetzt ausreisepflichtig. Bei mehreren tausend weiteren sind die Verfahren noch bei Gericht anhängig. PRO ASYL kritisiert dies als eine von langer Hand geplante Entrechtungsstrategie.

Dass dem sächsischen Innenminister angesichts der katastrophalen Lage im Irak nichts anderes einfiel als in einer Protokollnotiz zum IMK-Beschluss darauf hinzuweisen, dass bei einer Ausweitung der Rückführungen die angespannte Situation der Christen im Irak besonders zu berücksichtigen sei, hält PRO ASYL deshalb für zynisch, weil Christen nur eine unter vielen innerhalb des irakischen Chaos besonders gefährdeten Gruppen sind.

Presseerklärung PRO ASYL 30.11.06 ■

Zeitlich begrenzte Arbeitsmigration: Initiative Deutschlands und Frankreichs

BERLIN/PARIS. Die 25 Mitgliedstaaten der EU sollen eine zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Drittstaaten zulassen. Das haben die Innenminister der sechs größten EU-Staaten (G6 – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Polen) bei einem Treffen in Shakespeares Geburtsort Stratford-upon-Avon am 26. Oktober vorgeschlagen. Die Initiative war

vom deutschen Innenminister Wolfgang Schäuble und seinem französischen Kollegen Nicolas Sarkozy ausgegangen. Vorgesehen ist, dass ausgewählte Arbeitskräfte aus armen Ländern für drei bis fünf Jahre in einem EU-Land arbeiten, Geld in die Heimat überweisen und mit neuem Wissen in ihre Heimat zurückkehren. Gleichzeitig soll den Mitgliedstaaten offen gestellt bleiben, ob sie Einwanderungsquoten festlegen oder befristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erteilen. Diese „zirkuläre Migration“ – so Schäuble – werde von Migrationsexperten der UNO als sinnvoll und nützlich angesehen. So sei Zuwanderung besser steuerbar und bringe den Herkunftsländern klare Vorteile. Die Vorteile für arme Länder lägen darin, dass Rücküberweisungen eine wichtige Devisenquelle sind. Zum anderen könne ein so genanntes Brain Drain – das Abziehen qualifizierter Arbeitskräfte – verhindert werden. Eine andere Frage ist, wie praktikabel sich eine befristete Beschäftigung in der Praxis erweisen wird. In der Phase der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland ging man auch erst vom so genannten Rotationsprinzip aus. Dies hat sich aber nicht durchgesetzt, da Arbeitgeber angeworbene Beschäftigte nicht wieder nach Hause schicken wollten, wenn sie sich gerade richtig eingearbeitet hatten. Die von Schäuble und Sarkozy vorgeschlagene Initiative fand die Zustimmung der anderen Innenminister. Nun soll auf der Ebene der EU weiter diskutiert werden. *Quelle: Publikation „Europa:Mobil November 2006“ 20.11.06* ■

Grundlegende Rechte auch für Papierlose

ITALIEN. Ausländische Staatsbürger genießen in Italien einige grundlegende Rechte, die nicht von ihrem rechtlichen Status wie Aufenthaltstitel oder Arbeitserlaubnis abhängen, sondern von ihren sozialen, familiären und menschlichen Beziehungen. Dieses Prinzip wurde von der Regierung Berlusconi durch einen so genannten Vertrag zur Aufenthaltserlaubnis aufgeweicht, wodurch die Situation der Migrantinnen und Migranten mehr oder weniger von ihrer Arbeitssituation abhängig gemacht wurde. Heute geht die neue italienische Regierung wieder in eine andere Richtung. Die auf diesem Feld aktiven NGOs warten aber nach wie vor auf eine umfassende rechtliche Regelung dieser Fragen. Allerdings wurden grundle-

gende Menschenrechte seit den 1990er Jahren auch für Migrantinnen und Migranten ohne Papiere zugänglich gemacht, z.B. die Schulpflicht, notwendige medizinische Behandlungen, Mutterschaftsschutz und medizinische Prävention.

Zugang zu einer umfassenden sozialen Integration haben aber nur jene Migrantinnen und Migranten, die aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft kommen.

Ziel der Regierung ist es, dass alle regulären Zuwanderer in denselben Genuss sozialer Rechte zu kommen wie italienische Staatsangehörige, etwa in Bezug auf Wohnen, schulische und berufliche Bildung, Sozialleistungen. Darüber hinaus sind in jenen Bereichen Förderungen vorgesehen, in denen Zuwanderer soziale Benachteiligung überwinden und kulturelle Unterschiede ausgleichen müssen, wodurch sie geringere Chancen in der Gesellschaft haben. Die Regionen haben die Pflicht, diese Förderungen vor Ort umzusetzen – entweder indem sie entsprechende Maßnahmen ergreifen oder die Förderung an dafür geeignete zivilgesellschaftliche Organisationen übertragen.

Entsprechend dem neuen Finanzplan der Regierung Prodi werden 50 Mio. Euro für die Zuwanderungspolitik eingesetzt. Das ist aus Sicht der mit Zuwanderung befassten NGOs ein guter Anfang, reicht aber noch nicht aus. Die NGOs verweisen zudem auf einen anderen Zusammenhang. Zuwanderer ohne Papiere, die in Italien arbeiten, schaffen Werte. Deshalb sollten sie legalisiert werden, damit Schwarzarbeit verschwindet und neues Geld in die staatlichen Kassen fließt. Wenn die 520.000 ausländischen Arbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern über festgelegte Zuwanderungsquoten nach Italien geholt würden und nicht illegal im Land Schwarzarbeit verrichten, würde das offizielle Bruttoinlandsprodukt um zwei Prozent steigen.

Quelle: „Europa:Mobil November 2006“ – 20.11.06 ■

Asylbewerberzahlen von Amts wegen hochgeschraubt

BERLIN. Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde das Asylverfahrensgesetz u.a. dahingehend geändert, dass für minderjährige Kinder von Asylbewerbern von Amts wegen ein Asylantrag gestellt wird (§ 14a AsylVfG). Ein Einverständnis der Erziehungsberechtigten ist dazu nicht erforderlich. In einer Schriftlichen Frage an die Bundesregierung hat sich die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke erkundigt, wie viele der seit dem 1.1.2005 gestellten Asylanträge von Amts wegen gestellt wurden. Aus den nun vorliegenden Zahlen geht hervor, dass 27 % (bzw. 12.100 von 46.600) der bis Oktober 2006 gestellten Asylanträge in den letzten zwei Jahren nicht von neu eingereisten Asylsuchenden gestellt wurden, sondern von Amts wegen für ihre in Deutschland geborenen Kinder. Diese Anträge haben keine Chance auf Anerkennung, weil eine individuelle politische Verfolgung neu Geborener auszuschließen ist.

„Die Zahlen der Asylanträge werden damit künstlich nach oben geschraubt. Auch die Ablehnungsquote gibt kein realistisches Bild der Lage wieder, wenn mehr als ein Viertel der Asylanträge keine Chance auf Anerkennung hat“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Die hohe Ablehnungsquote sei aber immer ein wesentlicher Fakt, der von rechten Populisten als Argument für angeblichen „Asylmissbrauch“ ins Feld geführt werde. „Es wäre das Mindeste, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) diese Zahlen gesondert ausweist, um ein realistisches Bild der Lage wiederzugeben. Darüber hinaus sind die insgesamt schon niedrigen Antragszahlen unabhängig von humanitären Überlegungen ein Argument, von weiteren Verschärfungen im Asyl- und Flüchtlingsrecht abzusehen, wie sie die große Koalition derzeit plant.“

ulla.jelpke@bundestag.de ■

Grenzcamp-Auflösung 2003 war rechtswidrig!

KÖLN. Am 7. Dezember fällte das Verwaltungsgericht in Köln sein Urteil im Prozess 6. antirassistisches Grenzcamp gegen Polizeipräsidium Köln. Geklagt hatten 4 Frauen gegen den Polizeieinsatz am 9. August 2003, mit dem das Camp zuerst stundenlang eingekesselt und dann aufgelöst und alle TeilnehmerInnen kontrolliert und fotografiert sowie teilweise in Gewahrsam genommen worden waren.

Zum Urteil: Festgestellt wurde, dass die Auflösung der Versammlung Grenzcamp rechtswidrig war, genauso wie das Festhalten bis in die frühen Morgenstunden in der GeSa Brühl nach der Personalienkontrolle. Ebenso nicht rechtens war es, Menschen an Polizeiabsperrungen daran zu hindern die Versammlung zu betreten, sowie einzelne CamperInnen bei der Ingewahrsamnahme zu fesseln. Für rechtmäßig befunden wurde die Einrichtung der polizeilichen Kontrollstellen sowie die Tatsache, dass alle sich *nach* der Auflösung kontrollieren und fotografieren lassen mussten.

Für die Frage, ob es rechtens war, dass mensch während des ganzen Tages nur gegen Vorlage des Personalausweisen, mitunter plus abfotografieren, vom Camp entfernen konnte (oder gar überhaupt nicht), war die Versammlungsleiterin laut Urteil die falsche Klägerin. Sie hat in diesem Fall kein „Feststellungsinteresse“. Somit ist die Einkesselung an sich und die Verbringung in Polizeigewahrsam als solches für rechtmäßig befunden worden.

Dass die Klage nur teilweise erfolgreich war, ist leider auch darauf zurückzuführen, dass Aufrufe nach weiteren Gedächtnisprotokollen, KlägerInnen, ZeugInnen oder Beweismaterial zu bestimmten Punkten größtenteils folgenlos blieben, so die Soligruppe. Der Prozess hat also zweierlei gezeigt: 1. Polizeieinsätze bewegen sich immer wieder nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Dies wird von Verwaltungsgerichten immer wieder bestätigt.

2. Es ist äußerst wichtig, ein ausführliches Gedächtnisprotokoll zu schreiben und bei einem Anwalt, Ermittlungsausschuss o.ä. zu hinterlegen, am besten mit einer Adresse, unter der mensch auch in den nächsten Jahren irgendwie erreichbar ist. Und es schadet nicht, sich ab und an bei den Leuten, die sich um den Rechtsstreit kümmern, über den Stand der Dinge zu informieren.

Mehr auf http://www.infoladen.de/koeln/fnb/camp/soli.htm ■

Gegen die Abschiebung afghanischer Familien regt sich Protest – Sofortiger Abschiebestopp !

HAMBURG. Die Ausländerbehörde Hamburg bereitet die Abschiebung von Familien nach Afghanistan vor. Die für diese Woche geplanten Abschiebungen wurden nach Intervention des Eingabeausschusses zunächst gestoppt. Die Abschiebungsplanungen gehen jedoch weiter. Angesichts der dramatischen Sicherheitslage in Afghanistan kritisiert PRO ASYL Abschiebungen nach Afghanistan als völlig unverantwortlich. Auch im Raum Kabul haben Terroranschläge und sonstige sicherheitsrelevante Vorfälle zugenommen. Menschenrechte und die Rechte der Frauen werden aber auch von Seiten der Regierung und der ihr verbundenen Warlords massiv verletzt. Die Innenministerkonfe-

renz in der letzten Woche hätte einen Abschiebungsstopp beschließen müssen, denn in weiten Teilen Afghanistans herrscht längst wieder offener Krieg. Die Bundesländer, so auch Hamburg, haben jetzt noch die Möglichkeit, einen auf 6 Monate befristeten Abschiebungsstopp in eigener Regie zu beschließen. Diese Forderung richtet PRO ASYL an den Hamburger Senat. Von Abschiebung bedroht sind insbesondere auch Familien, die die Stichtagsregelung der von der IMK beschlossenen Bleiberechtsregelung verfehlen oder andere ihrer Bedingungen nicht erfüllen. Nach Informationen aus Hamburg sollen etwa 150 Familien überwiegend in jüngster Zeit die Aufforderung zur Ausreise erhalten haben.

Exakt in der Woche, in der ein großes Hamburger Nachrichtenmagazin zu Afghanistan titelt „Die Deutschen müssen das Töten lernen“, sollen in derselben Stadt Familien in den Krieg abgeschoben werden. Offenbar ist der Hamburger Senat der Auffassung, es sei nun auch an der Zeit, dass afghanische Familien das Sterben lernen.

Auf jeden Fall geht es schon aufgrund der schwierigen Versorgungslage für Abgeschobene um die Existenz, denn der Winter steht vor der Tür und denjenigen, die nicht bei Verwandten unterkommen können, droht die Obdachlosigkeit. Unter den afghanischen Flüchtlingen in Deutschland wächst die Verzweiflung. Am 1. Oktober sprang der 35-jährige Afghane Farid Mansoor beim zweiten Versuch, ihn nach Afghanistan abzuschieben, von der Flugzeugtreppe und brach sich beide Beine. Sein fünfjähriger Aufenthalt in Deutschland reicht für ein Bleiberecht nicht aus. Im Asylverfahren wurde er Anfang dieses Jahres endgültig abgelehnt. Für den Fall erneuter Abschiebungsversuche hat er seinen Suizid angekündigt.

(*Erklärung von Pro Asyl*

Der Flüchtlingsrat Hamburg hat sich der Erklärung von Pro Asyl angeschlossen und fordert Innensenator Nagel auf, die Abschiebungen nach Afghanistan unverzüglich zu beenden.

Zahlreiche afghanische Kinder und Jugendliche, die überwiegend in Hamburg aufgewachsen sind, hier zur Schule gehen, ihre sozialen Beziehungen entwickelt haben, Lebenspläne machen, sind von Abschiebung bedroht. Ermutigend ist, dass sich an mehreren Schulen Mitschülerinnen und Mitschüler zu Aktionen gegen die Abschiebung zusammenfinden. Am 28.11. demonstrierten rund 300 Schülerinnen und Schüler der G20 in Bergedorf und der Gesamtschule Blankenese gemeinsam vom Hauptbahnhof aus. Zwei Tage später sammelten zahlreiche Schüler/innen und Lehrer/innen der Erich-Kästner-Gesamtschule am Jungfernstieg Unterschriften gegen die Abschiebepläne. Weitere Aktionen werden folgen.

Bild: Christiane Schneider ■

Streik in Bramsche am 5. Dezember beendet

Wir dokumentieren aus den Berichten der letzten 10 Tage:

25. November 2006: Demonstration von Flüchtlingen in Osnabrück – Kantinenstreik wird fortgesetzt

Am 25.11.2005 demonstrierten ca. 70 Flüchtlinge des Lagers Bramsche-Hespe und ca. 30 Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger für eine humane Unterbringung von Flüchtlingen in Niedersachsen. Anlass ist der derzeitige Kantinenstreik der Flüchtlinge in Bramsche-Hespe, bei dem schon im fünften Tag die Nahrung aus der Kantine boykottiert wird, um auf die Situation der Menschen aufmerksam zu machen. In einem bunten Protestzug zogen die Menschen mit Trommeln, Kochtöpfen und Rasseln lautstark durch die Osnabrücker Innenstadt. Auf verschiedenen Zwischenkundgebungen und auf der Abschlusskundgebung auf dem Nikoleiort berichteten Flüchtlinge über die Situation im Lager Bramsche-Hesepe. Es wurde angekündigt, den Streik fortzusetzen und ein allgemeiner Spendenappell an die Öffentlichkeit gerichtet. Derzeit versorgen verschiedene Unterstützungungsgruppen aus der Region die Streikenden mit Lebensmitteln, damit die Flüchtlinge selbstbestimmt ihre Nahrung zubereiten können.

30. November 2006: Torblockade in Bramsche, Gespräche in Oldenburg

Bereits seit dem 21.11. 2006 befinden sich die BewohnerInnen des Abschiebelagers Bramsche-Hesepe im unbefristeten Kantinenstreik. Die zuständigen Behörden zeigen sich bislang wenig gesprächsbereit, wie schon zu Beginn des Jahres, als sich über 180 BewohnerInnen des Abschiebelagers in einem offenen Brief an das Innenministerium in Hannover gewandt hatten. Die Streikenden blockieren deshalb heute ab 15 Uhr das Lagertor in Bramsche-Hesepe, nachdem es bereits gestern Abend zu einer Spontandemonstration in Hesepe gekommen ist. „Unser Protest ist kein Spiel“, kommentiert eine Sprecherin der Flüchtlinge die jüngsten Entwicklungen. „Es geht um unsere Rechte, wir fordern, dass die Behörden endlich auf uns zukommen.“ Unter den Streikenden sind etliche, die bereits seit über 3 Jahren, manche seit über 4 oder gar 5 Jahren in Bramsche leben müssen. Das Abschiebelager Bramsche ist eine Außenstelle der Zentralen Aufnahme- und AusländerbehördeBlankenburg (ZAAB). Die Flüchtlinge fordern deshalb, dass Bramsche in den Beratungen berücksichtigt wird, welche in Oldenburg als Konsequenz aus dem 4-wöchigen Flüchtlingsstreik in der ZAAB aufgenommen wurden. Seitens der Blankenburger Flüchtlinge und ihrer UnterstützerInnen haben bislang Gespräche mit der Kirche und Bündnis90/Die Grünen stattgefunden, mit SPD und PDS sind ebenfalls Treffen anberaumt. Gegenstand der Gespräche ist unter anderem die unabhängige Untersuchungskommission, dessen Berufung durch das Innenministerium in Hannover eine vom Rat der Stadt Oldenburg am 20.11.2006 einstimmig verabschiedete Resolution fordert. Des weiteren soll es in den Gesprächen um die äußerst restriktive, mitunter gesetzeswidrige Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes gehen, welche im Rahmen der Gesundheitsversorgung insbesondere in den niedersächsischen Landesgemeinschaftsunterkünften zum Tragen kommt. Durch ein defensives Diagnostik- und Therapieregime werden dort medizinisch notwendige Untersuchungen und Behandlungen verzögert oder verweigert, mit der Konsequenz, dass Krankheiten sich verschlimmern, Schmerzen ausgehalten werden müssen und Menschen Gefahr laufen, Folgeschäden zu erleiden. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer demnächst fertig gestellten Dokumentation zur Gesundheitsversorgung in Blankenburg.

5. Dezember 2006: Streik im Abschiebelager Bramsche beendet, Proteste gehen weiter

Nach knapp 2 Wochen haben die BewohnerInnen des Abschiebelagers Bramsche ihren Kantinenstreik am Sonntag beendet. Die Proteste sollen am Freitag, den 8. Dezember, mit einer Demo in Osnabrück fortgesetzt werden (15 Uhr/Hbf). „Wir sind uns sicher, die Lagerbehörden haben unsere Botschaft verstanden“, kommentiert ein Sprecher der Flüchtlinge das Ende des Streiks. Neben der Demo sind weitere Aktionen in Vorbereitung.

Quelle: PM www.nolager.de - flucht@nds-fluerat.org ■

Lesebuch zu einer Konferenz

von Horst Helas

„Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien“: So war eine Konferenz überschrieben, die am 3./4. Dezember 2005 in Köln stattfand. Die Veranstaltung war von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament GUE/NGL, dem Espaces Marx Paris und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin veranstaltet worden. Sie hatte internationale Dimension, Wissenschaftler aus Belgien, Frankreich, Österreich, den Niederlanden sowie aus Deutschland unterbreiteten den zahlreichen Teilnehmern ihre Auffassungen und diskutierten mit ihnen.

Nun ist Gelegenheit, die Mehrzahl der gehaltenen Beiträge in dem von Peter Bathke und Susanne Spindler herausgegebenen Buch zur Konferenz zu lesen, vorgetragene Argumente zu prüfen und eigene Überlegungen anzustellen.

Seit längerer Zeit betonen Vordenker rechtsextremistischer Parteien, nicht nur in Deutschland, dass sie einen Strategiewechsel vorgenommen haben. Erklärtermaßen soll die „soziale Frage“ im Zentrum von Ideologie und Politik, von Anhänger- und Sympathisantenschulung sowie von Wählermobilisierung stehen. Diese Vorgehensweise kommt oft mit dem Anspruch einher, sich im weltweit dominierenden, global organisiertem Neoliberalismus als einzige Kraft der sozialen Sorgen und Nöte der ärmsten Schichten der Bevölkerung anzunehmen. Wie rechtsextremistische Programme, Schulungsdokumente und Wahlzeitungen verdeutlichen, gerieren sie sich als die besten Vorkämpfer für mehr soziale Gerechtigkeit. Wahlerfolge und zunehmende politische Resonanz in der Bevölkerung europäischer Länder für rechtsextremistisches Gedankengut scheinen für den Erfolg dieses Strategiewechsels zu sprechen.

Grund genug, um mit der Kölner Konferenz eine Lageanalyse zu versuchen und über effektive Gegenstrategien nachzudenken. Drei Fragenkomplexe spielten in den Referaten, im Disput in verschiedenen Arbeitskreisen sowie bei der abschließenden Podiumsdiskussion eine zentrale Rolle, tauchten immer wieder auf.

Welche Wandlungen sind im gegenwärtigen Neoliberalismus zu beobachten, wo liegen die besonderen Gefährdungen für sozial Schwache? Inwieweit sind Rechtsextremisten (wie andere gesellschaftliche Kräfte auch) in der Lage, Aspekte dieser Veränderungen richtig widerzuspiegeln – und was heißt das für linke Gegenstrategien?

Gibt es wirklich zwei unterschiedliche Strömungen rechtsextremistischer Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus: zum einen jene, die partiell die vorherrschende, übernational organisierte Wirtschaftsweise von heute und ihre sozialen Folgen als teilweise objektiv gegeben anerkennt; zum anderen jene, die den strikten Kampf, die Besinnung auf den absoluten Vorrang der nationalen Interessen in Wirtschaft und Sozialpolitik auf ihre Fahne geschrieben hat. Diese Kräfte ringen um die Herstellung einer nationalen „Volksfront“ als Interessengemeinschaft – von Unternehmern, abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in einem Land – und als Solidargemeinschaft gegen die Globalisierung, gegen „das Ausland“ bzw. „die Ausländer“? Welches sind die überzeugendsten linken Gegenargumente zu beiden Gruppierungen?

Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten sowie die Haltung der Gewerkschaften. Hierzu im Band die Beiträge von Gudrun Hentges / Jörg Flecker, Gabrielle Balazs (Frankreich), Klaus Dörre, Michael Fichter / Richard Stöss / Bodo Zeuner.

Welche Gegenstrategien sind am geeignetsten, um rechtsextremistische Einstellungen bei Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Sozialisation und sehr differenzierter persönlicher sozialer Stellung zu bekämpfen? Wie kehrt man generell den Prozess um, dass Rechtsextremismus die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ erreicht hat, von den einen lauthals, von anderen eher noch verdeckt und von wieder anderen als normale Auffassung neben der eigenen zunehmend toleriert bzw. akzeptiert wird? Die Fülle der in dieser Publikation angesprochenen Themen erlaubt dem Rezensenten einen Trick. Er rettet sich in die Formel: Das Buch kaufen und selber lesen – es lohnt sich sehr!

Noch eines soll betont werden, bevor wenigstens die Struktur des Buches zur Konferenz vorgestellt werden soll. Den Referenten wie Zuhörern der Konferenz war bewusst, dass für gleiche oder ähnliche Phänomene unterschiedliche Begriffe benutzt wurden: „Rechtsextremismus“, Rechtspopulismus“, „Rechtsradikalismus“ „die Rechte“, „die extreme Rechte“, „die neue Rechte“ – zum Beispiel. Die Vertreter der verschiedenen Länder setzten auch voraus, dass rechte Parteien in den jeweiligen Ländern einen unterschiedlichen Grad von Masseneinfluss erreicht haben, der in Einzelfällen bis zur realen Möglichkeit der Regierungsbeteiligung reicht. Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechter Programmatik und Politik wurden durchaus deutlich. Beide Aspekte wurden in den Debatten kenntlich, jedoch (diesmal) nicht ausführlicher selbst zum Thema gemacht.

Der Tagungsband ist in vier Abschnitte unterteilt:

Modernisierter Rechtsextremismus in Europa; Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Hierzu referierten: Christoph Butterwegge, Jean-Yves Camus (Frankreich), Herbert Schui und Christina Kaindl.

Verschärfung sozialer Ungleichheit, struktureller Rassismus und rechtsextreme Gesellschaftsentwürfe. Diskussionsgrundlagen boten hierzu: Gerd Wiegel, Hermann Dworczak (Österreich), Vincent Scheltiens (Belgien), Ineke Van der Valk (Niederlande), Loic Wacquant (Frankreich).

Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten sowie die Haltung der Gewerkschaften. Texte hierzu von: Gudrun Hentges / Jörg Flecker, Gabrielle Balasz (Frankreich), Klaus Dörre, Michael Fichter / Richard Stöss / Bodo Zeuner.

Widerstand gegen rechtes Denken und Handeln. In dieser Rubrik finden sich Beiträge von Wolfgang Dreßen, Jonas Frykman / Olga Schell und Dirk Burczyk. Außerdem wird eine Zusammenfassung des Abschlusspodiums der Konferenz geboten; an der Debatte des Podiums unter der Moderation von Meinhard Meuche-Mäker hatten sich beteiligt: Hermann Dworczak (Österreich), Elisabeth Gauthier (Frankreich), Vincent Scheltiens (Belgien), Gerd Wiegel und (aus dem Publikum) René Monzat (Frankreich).

Wesentliche Erkenntnis der Konferenz und mit diesem Sammelband bekräftigt wurde das dringende Anliegen, dass all jene, die sich von „Links“ mit „Rechts“ in Europa auseinandersetzen, ihren Meinungs- und Informationsaustausch wesentlich intensiver und kontinuierlicher gestalten sollten.

Peter Bathke/Susanne Spindler (hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa, Karl Dietz Verlag Berlin, ISBN 3-320-02086-2, 14,90 Euro

Holt die Soldaten zurück! Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier (AGF) e.V. und der DFG-VK Baden Württemberg, hat die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. eine Kampagne zur Beendigung der deutschen Auslandseinsätze gestartet:

Die Bundeswehr wird in immer neue Einsätze geschickt: Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Kongo, Libanon etc., im Rahmen der NATO, der EU, der UN oder von ad hoc Koalitionen. Der ehemalige Verteidigungsminister Struck sagte, die deutsche Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, in Afghanistan kämpf(t)en deutsche Soldaten an vorderster Kriegsfront mit. Offiziell dienen die Auslandseinsätze humanitären Zielen oder „unserer" Sicherheit. Ist das wirklich so? Im neuen Weißbuch der Bundeswehr steht, dass ein „ungehinderter Warenaustausch" und „Rohstoffzufuhr" auch militärisch gesichert werden sollen. Immer neue Bundeswehreinsätze schaffen keine Sicherheit, im Gegenteil, die Unsicherheit wird erhöht. Der BND-Chef Uhrlau sagt sogar: „Deutschland rückte und rückt aufgrund seines markanten außen- und sicherheitspolitischen Profils verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge." Die Auslandseinsätze bedeuten eine Militarisierung der Außen¬politik mit Rückwirkungen auf die Innenpolitik. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern wird diskutiert und immer wahrscheinlicher. Ausgaben für Auslandseinsätze steigen. Soldatinnen und Soldaten werden immer mehr beansprucht, viele sind von Erlebnissen während der Auslandseinsätze traumatisiert – Soldatinnen und Soldaten werden getötet und müssen u.U. selbst töten. Zivile Akteure, selbst Hilfsorganisationen, werden immer stärker in militärische Planungen vor Ort eingebunden, und damit vermehrt selbst zum Ziel.

Wir sind der Meinung: Es reicht! Stoppt endlich die Auslandseinsätze der Bundeswehr! Wir fordern:

- Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Strikte Einhaltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots!
- Keine Zivil-militärische Zusammenarbeit – gegen eine Militarisierung ziviler Akteure!
- Keine Bundeswehreinsätze im Inland!
- Abrüstung statt Sozialabbau! Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen!
- Zivile Konfliktbearbeitung statt weltweite Militarisierung!

Ich unterstütze diesen Aufruf …

Unterschriftenliste zum ausdrucken: http://www.imi-online.de/download/Kampagnentext.pdf

Spendenaufruf:

2000 Euro bis Jahresende für die Antifaschistischen Nachrichten!

Schaffen wir das? Bis zum 8. Dezember 2006 waren es

1086,10 Euro

Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto: GNN-Verlag
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Kto. 10419507
Stichwort: Spende Antifa-Nachrichten

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

: aus der faschistischen Presse

Krise der Demokratie

Junge Freiheit Nr. 49/06 v. 1.12.2006

Das Blatt sinniert über das mangelnde Vertrauen in die Demokratie und Autor *Karlheinz Weissmann* macht drei Formen der Demokratie aus: die „organische", die „totalitäre" und die „alimentierende". Erstere sei in Großbritannien und Skandinavien vorhanden, „in denen bestimmte, nichtdemokratische Bestände geschützt waren, die die Stabilität des Verfassungsganzen förderten", die zweite habe in der Sowjetunion ebenso wie im Nationalsozialismus geherrscht und die „alimentierende" herrsche in der Bundesrepublik: „Die Effizienz dieser Herrschaftspraxis ist unbestreitbar, und doch wächst das Unbehagen. Das hat nur am Rande mit dem Verbleib der ‚unterentwickelten' Regionen zu tun, wichtiger ist das Misstrauen der Herrschenden gegenüber den Beherrschten. Die hat man gezielt in eine unorganische Größe überführt, die alte Gleichung demos = ethnos aufgehoben und einen Menge von Einzelnen geschaffen, die wenig mehr verbindet als das Interesse daran, dass die Versorgung aufrechterhalten wird." Wer die Herrschenden und damit das „man" sein soll, der die Beherrschten aus der behaupteten Gleichung demos (Gebiet und Bürgerschaft eines altgriechischen Stadtstaates) = ethnos (Volk, Volksstamm, Nation) überführt habe, lässt Weissmann zielstrebig im Unklaren. Klar ist für ihn nur das bekannte rassistische Vorurteil, das nur der Stamm gemeinsame Interessen schafft – die Solidarität gemeinsamer sozialer Interessen leugnet er.

Das Problem des Blattes ist, dass sich auf der Rechten keine solide Partei findet, die diesen Nationalismus transportiert. Chefredakteur Dieter Stein zeigt sich enttäuscht von der NPD: „Das Bemühen der Partei um ein bürgerlich aufpoliertes Image ist eine Farce: Die Parteiführung sieht sich unverändert in der Tradition des Nationalsozialismus ... Das zum Kartell erstarrte Parteiensystem hat bislang jede seriöse rechtsdemokratische Alternative mit Vernichtungswillen am Aufstieg gehindert. Die NPD kann derzeit nur deshalb legitimen Wählerprotest auf ihre Mühlen lenken, da es an diesen Alternativen fehlt."

In der Tradition der faschistischen Wehrmacht

Junge Freiheit Nr. 50/06 v. 8.12.2006

Das Blatt interviewt erneut den Brigadegeneral a.D. *Reinhard Günzel*, der 2003 vom damaligen Verteidigungsminister Struck in den vorzeitigen Ruhestand versetzt wurde, weil er dem ehemaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann auf

→

Briefpapier der Bundeswehr einen Unterstützungsbrief schickte. Günzel hat gemeinsam mit Wilhelm Walter, ehemaliger General der Wehrmacht, und dem ehemaligen GSG 9-Kommandeur Ulrich Wegener einen Bildband veröffentlicht mit dem Titel „Geheime Krieger – Drei deutsche Kommandoverbände im Bild“. Auf die Nachfrage des Blattes antwortet Günzel: „Walther, den ich seit Jahren sehr gut kenne führte mit der 1939 aufgestellten Division Brandenburg die erste Spezialeinheit der Wehrmacht und Wegener, der ‚Held von Mogadischu‘, der 1977 die Landshut befreite, gründete mit der GSG 9 die erste Spezialeinheit der Bundesrepublik.“ Günzel selbst war von 2000 bis 2003 Kommandeur der KSK in Calw. Er kritisiert das von Baudissin entwickelte „Prinzip der inneren Führung“ und das damit verbundene Verständnis des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“. Auf die Frage „War es Ihre Absicht, mit dem Buch den eben beschriebenen Traditionsfaden zu spinnen?“ antwortet Günzel: „Eindeutig. Walther, Wegener und ich wollten die berühmtesten deutschen Spezialeinheiten nicht einfach nebeneinander stellen, sondern eine Traditionslinie aufzeigen. Das KSK hat bei seiner Gründung 1996 viel von der GSG 9 gelernt, und Wegener wiederum hat für die Aufstellung der GSG 9 im Jahre 1973 intensiv die Brandenburger studiert. Aber es geht nicht nur um diese fachliche Traditionslinie. Der Kommandosoldat, in dem ein ganz anderes Feuer brennt und der vor ganz anderen Herausforderungen steht als der herkömmliche Soldat, wurzelt emotional viel tiefer in seinen Vorbildern. Ich bin sicher, dass jeder Kommandosoldat des KSK die Geschichte der Brandenburger so genau kennt, als wäre er dabeigewesen.“ Die „Brandenburger“ waren eine Terroreinheit der Wehrmacht, die unter anderem „Partisanen“-Operationen hinter der Front durchführte. *uld* ■

Ein nicht entschärfter Cocktail aus Dritter Welt und islamischer Zeitbome

Nation & Europa Nov./Dez. 2006

Wer im Glashaus sitzt, sollte bekanntlich im eigenen Interesse darauf verzichten, mit Steinen zu werfen – mit dem Thema des Doppelheftes zum Jahresende „Schwören, schwafeln, schwindeln – Die Herrschaft der Lüge“ schleudert die N&E-Redaktion einen ganz dicken Brocken in die Fenster. Ob die Leser(innen) das allerdings bemerken, ist zweifelhaft. Zumindest bei Karl Richters Besinnungsaufsatz „‚Idomeneo‘, Europa und der ‚Kampf der Kulturen‘: Das entfremdete Abendland“ besteht allerdings die große Chance, dass die Leser(innen) bei der Lektüre des dritten Aufgusses Spenglerscher Ideen sanft entschlummern und sich nach dem Erwachen kritisch an das Heftthema erinnern:

„Vieles spricht in der Tat dafür, daß der Westen... seine besten Jahre hinter sich hat. Agonie, Niedergang, Ausverkauf allenthalben, vor den Toren die Dritte Welt in Gestalt andrängender Zuwanderermassen und im eigenen Haus die islamische Zeitbombe. Ein bedrohlicher Cocktail, der dadurch zur tödlichen Gefahr wird, daß die europäischen Institutionen nichts, aber auch gar nichts zu seiner Entschärfung unternehmen, vielmehr im Zeichen einer alle Lebensbereiche durchwuchernden Ökonomisierung und Liberalisierung vieles noch verschlimmern“. Ein Cocktail, dessen Zutaten aus der „Dritten Welt in Gestalt andrängender Zuwanderermassen“ vor den Toren und der „islamische(n) Zeitbombe“ im eigenen Haus bestehen und den die europäischen Institutionen nicht entschärfen – jede(r) Deutschlehrer (in) würde solches Geschreibsel bereits in der Mittelstufe mit einem dicken roten A (für Ausdruck) anstreichen. Aber Richter, ein echter Heros der deutschen Sprache, macht immer noch weiter: „Was weiß der findige Professor Münkler, der im übrigen ein begnadeter Vielschreiber ist“ (schon wieder klirrt es im Glashaus) „denn von der heroischen Tradition unseres Weltteils...?“ Die scheint für Richter allerdings schon lange vorbei zu sein: „Denn die Absetzung des Berliner ‚Idomeneo‘-Verschnitts ist ja nur die vorerst letzte Episode in einer ganzen Reihe vorauseilender Rückzieher, die der ‚Westen‘ im Angesicht johlender islamischer Massen und ihrer Wortführer in den letzten Monaten hingelegt hat – der Bogen spannt sich von den dänischen Mohammed-Karikaturen bis zum Wirbel um den Regensburger Vortrag von Papst Benedikt XVI“.

Bei der Beantwortung der Frage, woran das liegen könne, verrät uns Richter wenigstens, woher er seine seltsamen Ideen hat: „Warum haben die Europäer – und die Deutschen möglicherweise mehr als andere – am Beginn des 21. Jahrhunderts ein Problem mit ihrer Freiheit? Sind wir, was dem Spenglerschen Bild vom quasi-notwendigen, weil biologischen Ende aller Kulturkreise entspräche, schlicht und einfach am Abschluß unserer Lebensbahn angekommen und demzufolge träge, feige und dekadent geworden? Oder könnte es nicht vielmehr sein, daß uns allesamt das tragende Fundament unserer Selbstbehauptung in der Welt abhanden gekommen ist – die Wahrheit? ... Nichts stimmt mehr in unserem Gemeinwesen und jeder, der nicht debil oder vernagelt ist, muß es sich eingestehen...“. An der Stelle merkte der Autor offensichtlich, dass er sich verrannt hatte, denn plötzlich spielt die mangelnde Wahrheit keine Rolle mehr und wird ersetzt durch die Freiheit: „Es genügt, sich die Perversion unserer zentralen Werte-Ikone, der ‚Freiheit‘ anzusehen. Früher, und zumal unter deutschen Denkern, war es eine Binsenweisheit, daß die eigene Freiheit dort endet, wo sie die Belange anderer berührt. Die grenzenlose, zum Selbstwert überhöhte Freiheit ohne das Korrektiv der Pflicht, des Maßhaltens – diese Vorstellung paßt nicht in die Alte Welt, wo von jeher Stamm an Stamm, Fürstentum an Fürstentum grenzte und hemmungslose Selbstentfaltung schlechterdings nicht möglich war. Es blieb den seefahrenden, raumgreifenden Angelsachsen vorbehalten, dieses fein und in Jahrhunderten austarierte Wertegefüge im 20. Jahrhundert aus den Angeln zu heben und die eigene transatlantische ‚Freiheits‘-Ideologie an ihrer Statt in europäische Gehirne zu pflanzen... Will sagen: Europa, der Westen muß mit sich selbst ins Reine kommen und unter der Tünche der Verwesung zuvörderst sich selbst wiederfinden.“

Wer außer Bahnhof nichts verstanden hat, braucht nicht an seiner Intelligenz zu zweifeln: Es liegt am Autor Richter, der bei Abfassung seines Beitrags offenbar von einer schlagartigen Sprachdiarrhö befallen wurde. Höflich, wie wir sind, wünschen wir jedenfalls gute Genesung.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507